

BULLETIN

NUMMER 1 | März 2012



- * 4 Finanzkrise I - «Reindustrialisieren!» *
- * 8 Regierungsrat - Wer kommt und wer geht? *
- * 10 Wohninitiative - Wohnen in Zug für alle *
- * 19 Wirtschaftsplatz Zug - Chamerstrasse 172 *
- * 20 Kuh - Klimakiller Kuh? *

2

3 Editorial
Radio-aktiv

4 Finanzkrise I
«Reindustrialisieren!»

7 Finanzkrise II
Tobin gegen Finanzblasen

8 Regierungsrat
Wer kommt und wer geht?

10 Wohninitiative
Wohnen in Zug für alle

11 Kantonsrat
Jede Stimme zählt!

12 Super-GAU
Fukushima lässt grüssen

13 Abstimmungen
Teilerfolge

14 Gemeinderat
Jugend im (Dorf-)Zentrum

16 Buchrezension
Die Rückeroberung der Demokratie

17 Erbschaftssteuer
5,3 Milliarden pro Jahr

18 Syrien
Für die syrische Revolution

19 Wirtschaftsplatz Zug
Chamerstrasse 172

20 Kuh
Klimakiller Kuh?

22 Militär
Melde mich ab!

23 Serviceteil
Frontal
Kino
Buch
Stellungnahme
Veranstaltungen
Adressen
Impressum



Quelle: Nebelspalter

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

- Alternative – die Grünen Baar
- Alternative – die Grünen Menzingen
- Alternative – die Grünen Unterägeri
- Alternative – die Grünen Stadt Zug
- Alternative – die Grünen Zug
- Forum Oberägeri
- Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz
- Grüne Steinhausen
- Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Radio-aktiv

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

Wenn man oder frau – so wie ich letzte Woche – ein paar Tage wegen einer Krankheit an das Bett gebunden ist, kommt der Moment, wo man – irgendwann – auch wieder Geräusche um sich herum erträgt. Das ist dann der Moment, wo ich eigentlich gern den Radio einschalte und zwar DRS 1.

Fukushima: Lebensmittel aus Japan stehen unter Kontrolle, niemand braucht Angst zu haben – Konsummagazin: Wenn man keine Buchungsbestätigung für eine Buchungsanfrage erhält und dort nicht erscheint, muss man dieses Hotelzimmer auch nicht bezahlen – Fukushima: Ein Jahr nach dem Erdbeben und Tsunami haben viele Menschen an der Nordostküste Japans noch kein neues Zuhause. Die meisten Menschen, die beim Tsunami alles verloren haben, leben in Wohncontainern oder bei Verwandten und Freunden. Viele von ihnen warten auf die Bewilligung der Behörden, damit sie mit dem Bau ihres Hauses beginnen können – Auto-Salon: Es gibt Rennwagen und Superschlitten, die heutzutage Elektromotor haben und wer es nicht aushält, dass das Auto dank Elektrobetrieb zu ruhig ist, kann sich ein Motorengeräusch seiner Wahl einbauen lassen, von Kutschengeräusch zu Formel1 ist alles möglich – Fukushima: Schweizer Kernkraftwerke seien sicher, doch bleibt ein Restrisiko. Auch hier könnte es zu einer Kernschmelze kommen. Von einer so grossen Katastrophe gingen die Sicherheitsbehörden nicht aus, man habe aber vor Fukushima daran gezweifelt, dass die Evakuierungspläne, die Menschen im Umkreis von 5 Kilometern betreffen würden, nicht genügen würde. Nach Fukushima weiss man jetzt, es reicht nicht. Der Bund erarbeitet nun neue Evakuierungspläne – Sexuelle Übergriffe: Fast die Hälfte der sexuellen



Übergriffe gegen 15–17-Jährige wird von Gleichaltrigen begangen – Fukushima: Neue Atomkraftwerke sollen nicht mehr ersetzt werden, für die grossen Stromkonzerne war das auch ein grosser Schock... [6. März 2012]

Nach ein paar Stunden stellte ich den Radio wieder ab. Ich hatte genug gehört. Ich hatte zuviel gehört. Doch leider geht es mir je länger je mehr so. Ich kann und will diese vielen Informationen gar nicht alle hören. Manchmal gelingt es mir, neben einem Radio zu stehen und die Töne und Geräusche gar nicht mehr wahrzunehmen. Man kann die Ohren nämlich daran gewöhnen wegzuhören. Insofern hat mir die Radio-Aktivität zu Ohren-Passivität verholfen. Aber noch schöner ist Ruhe. Dabei finde ich Radio eigentlich ein tolles Medium. Für andere. Menschen, die z.B. stundenlang Auto fahren oder Menschen, die gerne Stöpsel im Ohr haben.

Dafür lese ich. Ich lese gern, weil ich dies dosiert tun kann, weil ich

das dann tun kann, wann ich will. Ich lese gerne Artikel mit Hintergrundinformationen und ich lese gerne von Themen, die vor kurzem aktuell waren und nun nicht mehr in aller Munde sind, weil nicht mehr aktuell. Aber immer noch brisant. Oder überhaupt immer brisant.

Mit solchen Wünschen ist man gerade mit dem BULLETIN bestens bedient. Es berichtet seit Jahren über Themen, die in letzter Zeit dank der Fusion zwischen Glencore und Xstrata plötzlich in aller Munde sind, oder über den Peak-oil und die Verbauung des Kantons Zug, das Steuerdumping etc. In dieser Nummer befindet sich der zweite Teil eines Interviews mit Gian Trepp. Seine Analyse und Prognosen der Finanzkrise sind eindrücklich. Immer wieder.

Weshalb er eigentlich schon fast Stargast bei BULLETIN ist (siehe BULLETIN 1 und 2 im Jahre 2009 und 3 im Jahre 2011). Das BULLETIN kommt nur viermal im Jahr heraus. Das reicht zum Lesen und Verdauen. ■

«Reindustrialisieren!»

Gian Trepp im Interview, geführt von Martin Stuber, Redaktor BULLETIN, am 18.2.2012 in Zürich | Illustrationen BULLETIN + Cagle Cartoons

4 Im vorletzten BULLETIN haben wir den Teil 1 eines langen Interviews mit Gian Trepp veröffentlicht (Nr. 3 / 2011 – www.bulletin-zug.ch), das im August 2011 geführt wurde. Wegen eines technischen Problems und aus Aktualitätsgründen sind wir für den 2. Teil des Interviews am 18.2.2012 nochmals mit Gian Trepp zusammen gesessen. Die Aussichten sind noch düsterer geworden und die Antworten der herrschenden Politik noch ungenügender.

BULLETIN: Gian, wir wollten uns im 2. Teil des Interviews auf die Schweiz konzentrieren, nun müssen wir angesichts der Verschärfung der Finanzkrise in Europa aber nochmals darauf zurückkommen – die EU versucht mit allen Mitteln den Staatsbankrott von Griechenland zu verhindern. Weshalb eigentlich?

Gian Trepp: Aus zwei Gründen: wegen dem Euro und wegen der Credit Default Swaps (CDS).

Wir erinnern uns: Die CDS sind, neben den Zinsderivaten, eines der wichtigsten Instrumente des wild gewordenen Casinokapitalismus. Es sind Wetten darauf, ob ein Kredit an den Staat oder ein Privatunternehmen zurückbezahlt wird oder nicht. Dazu unterzeichnen zwei Parteien

konkret, dass der EU-Rettungsschirm den griechischen Staatsbankrott verhindert und die Prämie als Gewinn verbucht werden kann. Umgekehrt kann eine Bank, die CDS auf griechische Staatsobligationen, die sie nicht hat, kaufen und im Falle eines Staatsbankrottes den vollen Kreditbetrag zum viel geringeren Preis der Prämie kassieren. All das wurde in den vergangenen Jahren auch fleissig gemacht, was dazu führte, dass die staatlich unregulierten Märkte für CDS zu einem auch für Experten weitgehend undurchschaubaren Markt in astronomischen Dimensionen geworden ist.

BULLETIN: Kannst du das mit Zahlen konkretisieren?

Schock, den die Eurozone nach den dramatischen Erfahrungen mit dem Lehman-Brothers-Konkurs im September 2008 unbedingt verhindern will. Weil keiner weiss, wer die Gewinner und welche Banken die Verlierer der zahlreichen CDS auf griechische Staatsanleihen wären, droht in einem solcher Fall ein schockartiger Stopp des Interbankengeschäftes, der Sturz von Kursen und Handelsvolumen der Wertpapiere und deren Derivate sowie verstärkte Schwankungen der Devisenkurse. All das kann nur mit einem geordneten Schuldenschnitt für Privatanleger verhindert werden.

BULLETIN: Und welche Rolle spielt hier der Euro?

Gian Trepp: Der vor über zwanzig Jahren konzipierte Euro hat einen grundlegenden «Konstruktionsfehler», der sich heute rächt. Der Euro ist eine Währung ohne Staat, die Budget- und Fiskalpolitik sind nationalstaatlich, Geld- und Währungspolitik europäisch. Bei Schönwetter, sprich Wirtschaftswachstum hat das



einen Kontrakt, wonach die risikobereite der risikoscheuen Kontraktpartei gegen die Bezahlung einer Prämie verspricht, im Falle eines Konkurses des Schuldners während der Laufzeit des CDS für die Rückzahlung des Kredites geradezustehen. Dabei braucht keine der beiden Parteien den betreffenden Kredit im Portfolio zu haben! Eine Bank kann beispielsweise beliebig viele CDS auf griechische Staatsanleihen, die sie gar nicht hat, verkaufen, gegen hohe Prämien, versteht sich. Das ist eine Spe-

Gian Trepp: Gemäss neuester Statistik der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) beträgt die Kontraktsumme aller offenstehenden CDS ungefähr 33 Billionen Dollar (Zum Vergleich: Das Bruttosozialprodukt der USA beträgt ungefähr 15 Billionen Dollar).

Sollte die griechische Regierung den Staatsbankrott erklären, würden, gemäss Regeln der internationalen Derivat-Selbstregulierungsorganisation ISDA, alle CDS-Zahlungen per sofort fällig. Das wäre ein gröberer Derivate-

funktioniert, seit den Verwerfungen im Gefolge der andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr. Die überschuldeten Mittelmeerländer und die Nordländer in der Eurozone driften wirtschaftlich zunehmend auseinander, aus was für Gründen auch immer. Ohne dass die für eine koordinierte Geld-, Währungs- und Fiskalpolitik zum erfolgversprechenden Krisenmanagement nötigen EU-Institutionen existieren. Als Ersatz dafür legte sich die Eurozone den so genannten Schutzschirm

zu, das heisst die Rückzahlungsgarantie für sämtliche Staatsobligationen aller Euroländer. Damit werden den überschuldeten Staaten strenge Austeritäts-, ja regelrechte Hungerprogramme wie in Griechenland auferlegt, zum Schutze des Kapitals der Investoren. Die so genannte Troika, der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Europäische Zentralbank erinnern an den einstigen Brady-Plan für Südamerika, wo die Schuldenkrise der 80er-Jahre mit den gleichen menschenverachtenden Methoden bekämpft wurde. Die Überwindung der mit unermesslichem menschlichem Leid verbundenen südamerikanischen Schuldenkrise dauerte Jahrzehnte und ist in gewisser Weise noch heute nicht überwunden.

BULLETIN: Und es ist doch ein Hintertreppenwitz der Geschichte, wie sich die damalige rechtsbürgerliche griechische Regierung von der US-Investmentbank Goldman Sachs helfen liess, sich mit allerlei Tricks und Gaunereien Kredite zu besorgen...

Gian Trepp: ...und diese Gelder dann schlecht investiert hat, wenn überhaupt. Vieles ist im Korruptionssumpf versickert und einiges ist in

in erster Linie Griechenlands Gläubigern, auch wenn diese nun einen Teil des Geldes abschreiben müssen. Dick absahnen können insbesondere die Banken, welche von der Europäischen Zentralbank (EZB) billig resp. gratis Geld erhalten und es zum Marktzins an die wankenden Schuldnerländer ausleihen. Dieser Mechanismus läuft auf eine milliarden-schwere Subventionierung der privaten Banken der Euroländer hinaus. Anhand der aktuellen Krisenpolitik, die im Wesentlichen von Deutschland und Frankreich bestimmt wird, könnte sich die Krise noch verschärfen, was sich auch auf den Eurokurs auswirken dürfte.

BULLETIN: Womit wir beim Schweizer Franken landen, CHF 1.20 für einen Euro...

Gian Trepp: ...der Interventionskurs der Nationalbank ist immer noch zu hoch für den Werkplatz! Der Aufwertungsdruck besteht infolge der Funktion des Frankens als sicherer Hafen in der Krise. Anhand von Kaufkraft- und der Produktivitätsvergleichen müsste er zum Euro bei etwa 1.40 liegen. Der hohe Frankenkurs ist heute ein hohes Hindernis zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Exportindustrie.

des Bankensystems nötig. Die bisherigen Massnahmen von Parlament und Bundesrat vermögen die dringend nötige Schrumpfung der Grossbanken nicht zu erreichen. Geschweige denn bringt das wohlfeile Lippenbekenntnis zur «Weissgeldstrategie» ein Ende der massenhaften Verwaltung des Vermögens ausländischer Steuerdefraudanten durch Schweizer Banken.

BULLETIN: Dazu musst du die Banken verstaatlichen, sonst kriegst du das nicht hin.

Gian Trepp: Nein, nicht unbedingt. Wir müssen die Grossbanken schrumpfen und die Staatsbanken stärken!

BULLETIN: Die drittgrösste Bank der Schweiz ist eine Staatsbank – die Zürcher Kantonalbank (ZKB). Nicht gerade ein Musterbeispiel...

Gian Trepp: Da hast du völlig Recht. Heute kommt der Ertrag der ZKB zu mehr als der Hälfte aus dem Wertschriften- und Derivatehandel. Dass die Zürcher und die Basler Staatsbanken 2009 US-Steuerhinterzieher von der UBS übernommen haben, ist ein Skandal. Ebenso das undurchsichtige Russland-Geschäft einer Zürcher Tochter der St. Galler Kanto-

die Rüstung geflossen, wovon vornehmlich die deutsche und französische Rüstungsindustrie profitieren.

BULLETIN: Der Kleinstaat Griechenland hat, im Verhältnis, das mit Abstand grösste Rüstungsbudget aller EU-Staaten!

Gian Trepp: Eben – statt die Militärausgaben zusammenzustreichen und der Realwirtschaft wieder auf die Beine zu helfen, dient das «Rettungspaket» genannte Hungerprogramm

BULLETIN: Genau, reden wir über die produktive Basis der Schweiz – den 2. Sektor. Wie können wir den halten, oder – noch besser – ausbauen?

Gian Trepp: Das eine – eine andere Finanzplatzpolitik – und das andere – die reale Güter produzierende Schweiz – hängen eng miteinander zusammen.

Um finanziell stabile Verhältnisse zu bekommen und vor einem erneuten UBS- oder CS-Super-GAU gewappnet zu sein, ist eine Strukturreform

nalbank. Das muss von den zuständigen Kantonsräten untersucht werden. Wobei das Schweigen grüner und linker Amtsträger zu denken gibt und deren Aktivitäten in den Strukturen dieser Institute noch viel zu wünschen übrig lässt.

Ferner müsste die Postfinance endlich eine Bankenlizenz bekommen. Mit geschrumpften Grossbanken, gestärktem Staatsbankensektor (Kantonalbanken und Postbank), ergänzt von den Regionalbanken, Raiffeisenkassen und Auslandsbanken, sowie

klaren Vorgaben zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung im Vermögensverwaltungsgeschäft bekäme die Schweiz ein diversifiziertes Bankensystem, das zur Basis einer ökologisch und sozial verantwortbaren internationalen Finanzdrehscheibe für den Welthandel werden könnte. Mit anständig bezahlten Arbeitsplätzen, ohne Abzockersaläre.

BULLETIN: Gut, dann hätten wir weniger Leute, welche mit ihren Mega-Offroadern und Ferraris unsere Städte terrorisieren und die Wohnungspreise in die Höhe drücken.

Gian Trepp: Genau. In diese Kategorie gehören bei euch in Zug aber auch diese Rohstoffhändler. Denen ist wohl nur mit einer anderen Steuerpolitik und Solidarität mit den von ihnen Ausgebeuteten in den Rohstoffländern beizukommen. Die sozial destruktive Unternehmersteuerreform muss subito rückgängig gemacht werden. Was eine dämpfende Wirkung auf den Frankenkurs hat und damit durchaus im Sinne einer erwünschten Stärkung des Arbeitsplatzes ist.

BULLETIN: Die SVP will genau das Gegenteil: das Bankgeheimnis verteidigen bis zum letzten Atemzug und möglichst keine Eingriffe in das Bankengeschäft.

Gian Trepp: Ja, das ist in gewissem Sinne die heutige Form von Blochers alter Lebenslüge: seine Selbstdarstellung als Hüter des «blumeten Tröglis» der Schweizer Tradition und der wirtschaftlichen Interessen der kleinen Schweizer Leute. Während der Milliardär seine Kohle in Tat und Wahrheit als Finanzkapitalist schaffte. Aber zurück zum Arbeitsplatz, da stellt sich die Frage, auf welche Kernkompetenzen die nötige Reindustrialisierung der Schweiz setzen müsste, damit neue Arbeitsplätze entstehen? Das müsstest du eigentlich besser wissen, Martin, du hast ja dein ganzes Leben im 2. Sektor gearbeitet. Sagen wir es einmal so, der verstorbene Nicolas Hayek hat vor 30 Jahren die Vorgabe mit der Rettung der Uhrenindustrie gegeben. Wir brauchen viele kleine Hayeks.

BULLETIN: Ja, Hayek hatte seinen Anteil an der Rettung der Uhrenindustrie.



«Das Gleiche nochmals – und bitte den Bonus nicht vergessen»

Nun – einen Bereich hast du schon erwähnt: die Energieindustrie. Es tut mir weh, wenn ich sehe, wie viel Geld immer noch in die Nuklearforschung gesteckt wird und unterdessen warten x-tausend Projekte im Bereich der erneuerbaren Energie auf die Anschubfinanzierung. Die Schweiz der TüftlerInnen und technisch Kreativen müsste ins Zentrum rücken. Tugenden wie Toleranz im Denken, Zulassen und Fördern von unkonventionellen neuen Ideen, aber auch Sparsamkeit, Hartnäckigkeit und Freude an einem gelungenen Projekt müssten stärker gewichtet werden.

Die Investitionsströme müssen umgelenkt werden. Nur ein Beispiel: Mit unserem dichten Bahnnetz, das immer noch vergleichsweise gut funktioniert, das von einer teilweise inkompetenten SBB-Führung noch nicht kaputt rationalisiert worden ist, könnten wir eine Vorreiterrolle für eng vernetzte, zuverlässige, energieeffiziente und schnelle öffentliche Personen-Nahverkehrssysteme spielen. Sowohl bei der Hard- wie bei der Software. Aber dazu müssten jetzt ein massives Investitionsprogramm und eine gezielte Industriepolitik her.

Gian Trepp: Und die Leute müssten bereit sein, ihre privaten Investitionsflüsse zu ändern. Wenn ich sehe, wie viel Geld in den Autokauf gesteckt wird – mit einem Bruchteil davon wäre dein ÖV-Investitionsprogramm doch finanziert. Allerdings müssten die Preise für Mobilität auch beim ÖV erhöht werden, sonst erzeugt dein Programm statt einer Umlagerung vor allem Mehrverkehr.

BULLETIN: Einverstanden. Das sollte doch eigentlich auch ein Spuhler unterstützen und nicht die Verteidigung des Bankgeheimnisses!

Gian Trepp: Da hilft uns ja Obama ausnahmsweise – das Bankgeheimnis als einer der Pfeiler des bisherigen Finanzplatzmodells ist am Fallen.

BULLETIN: By the way: Was sind eigentlich die Ziele des Wirtschaftskrieges der US-Regierung gegen den «safe heaven» Schweiz, gegen das Schweizer Bankgeheimnis?

Gian Trepp: Ok, der Kampf der US-Regierung gegen die Steuerhinterziehung durch US-Amerikaner in der Schweiz geht in Ordnung. Aber um Steuergerechtigkeit kann es den Amis nicht gehen. Sonst müssten sie auch ihre eigenen Steueroasen Delaware, Florida oder Nevada trocken legen. Und das tut die Obama-Administration nicht, obwohl dort viel mehr Steuern hinterzogen werden als in der Schweiz. Die harte Linie gegen die Schweiz erkläre ich mir mit der von den USA betriebenen Politik, jeden US-Staatsbürger nach US-Gesetzen zu besteuern, wo immer er auf der Welt auch arbeitet und lebt. Dazu braucht es ein weltumspannendes System von qualifizierten Banken, neudeutsch qualified intermediaries, die dem US-Fiskus alle Kontoinformationen automatisch übermitteln. Und ganz sicher keine Bank Wegelin mit Schweizer Bankgeheimnis. ■

Bei uns praktisch unbekannt ist das Comité pour l'Annulation de la Dette du Tiers Monde (<http://www.cadtm.org>). Auf der Webseite findet sich unter dem Titel «Dans l'œil du cyclone : la crise de la dette dans l'Union européenne» ein Interview mit Eric Toussaint. Ausgehend vom Know-How der Verschuldungsmechanismen der 3. Welt ist er in der Lage, präzise zu analysieren, was in Europa abgeht. Leider nur auf Französisch (oder auf Englisch). Toussaint erläutert an konkreten Beispielen, wie sich Banken und institutionelle Investoren an der Schuldenkrise bereichern. Eine gute Gelegenheit, das Schulfranzösisch etwas aufzupolieren...

Tobin gegen Finanzblasen

attac Bern | Bild Paula Gisler

1972 schlug der Ökonom James Tobin eine sehr niedrige Steuer auf Devisentransaktionen zur Eindämmung von spekulationsbedingten Währungsschwankungen vor. Die Tobin-Steuer, bisher nirgendwo eingeführt, scheint in letzter Zeit eine erstaunliche Karriere zu machen.

Heute scheint eine Umsetzung auf europäischer Ebene in greifbare Nähe gerückt, nachdem die Europäische Kommission vorgeschlagen hat, eine Tobin-Steuer ab 2014 einzuführen. Der Vorschlag sieht eine Steuer von 0.1 Prozent auf Aktien- und Anleihe-transaktionen und von 0.01 Prozent auf Transaktionen mit Derivaten vor, indessen wären Devisengeschäfte weiterhin davon ausgenommen. Angesichts der Situation des Euros könnte aber gerade in diesem

sonders wichtig und wäre richtungsweisend.

Widerstand der Finanzmärkte

Natürlich ist die Tobin-Steuer nicht die Lösung aller Probleme. Aber eine Speerspitze des Widerstandes gegen eine sich hinter komplexen Finanzmarkttransaktionen versteckende gesellschaftliche Enteignung ist sie allemal.

Einerseits destabilisieren die heutigen Finanzmärkte durch spekulative Aktivitäten und daraus resultierende Finanzkrisen die gesamtwirtschaftlichen Prozesse. Andererseits findet durch die Finanzmärkte eine Disziplinierung politischer Entscheidungsprozesse statt. Die kontinuierlichen Drohungen, Investitionen abzuziehen, veranlassten Staaten, die Bedingungen für Finanzmarktaktivitäten in hohem Masse zu verbessern. In den 1990er-Jahren wurden in nahezu allen OECD-Ländern aktionärsorientierte Reformen durchgeführt. Diese Entdemokratisierung hat mit der aktuellen Staatsschuldenkrise, die eine unmittelbare Folge der Finanzkrise ist, eine kaum zu übertreffende Zuspitzung erfahren.

Abzockerinitiative ändert nichts
Während sich die Diskussion um soziale Ungerechtigkeit seit Jahren um die Vergütungen des Managements dreht, wurde völlig vergessen, dass

neben den Managern die Eigentümer, also die Aktionäre, am meisten profitieren. Daran ändert auch die Abzockerinitiative nichts, im Gegenteil: Eine Annahme der Initiative würde die Manager wohl noch enger an die Gunst der Aktionäre binden. Eine nicht zu unterschätzende Rolle im Selbstlegitimierungsprozess der Finanzmärkte spielt ausserdem das «Alterszwangssparen» (berufliche Vorsorge, 2. Säule). Alle Arbeitnehmenden sehen ihren Lebensabend dadurch an die Börsenentwicklung gekoppelt, und politische Massnahmen zur Förderung der Finanzmärkte werden so zum allgemeinen Interesse erklärt.

Steuersenkungen und platzende Blasen

Ohne ständig sinkende Steuern für die Reichsten und Multis wäre es allerdings nie zu einer derartigen Aufblähung der Finanzmärkte gekommen. Liberalisierte Steuergesetzgebungen und der auch durch die Anhäufung von Pensionskassenvermögen immer grösser werdende Zustrom von Anlage suchendem Kapital füllten den Ballon immer weiter mit heisser Luft, bis er platzte. Gestützt wird diese Entwicklung durch das billige Geld der Zentralbanken. Weitere, platzende Blasen und noch mehr Schulden werden folgen.

Eine fundamentale Überarbeitung der Steuergesetzgebungen ist unabdingbar. Die von Merkel und Sarkozy vorgeschlagene Einführung einer Tobin-Steuer ist ein erster Schritt. ■



Mit der Tobin-Steuer gegen Börsenspekulationen

Bereich eine Transaktionssteuer stabilisierend wirken, weil sie Sand in das Getriebe der Spekulation streuen würde. Ob der politische Wille dann tatsächlich gross genug ist, um sich gegen die einflussreiche Finanzlobby durchzusetzen, insbesondere ob der amtierende Präsident Frankreichs, Sarkozy, bereit sein wird, auch nach den Wahlen hier vorzupreschen, bleibt indessen zu bezweifeln. Damit die Tobin-Steuer ihre volle Wirkung entfalten kann, ist es unerlässlich, dass möglichst viele Finanzplätze sie einführen. Eine Einführung in der Schweiz erscheint deswegen be-

Einen guten Überblick zur Tobin Tax bieten:

Staritz, Cornelia (2007): Tobinsteuer: «Sand ins Getriebe» der Finanzmärkte und Einnahmen für Entwicklung.
Wien: ÖGB-Verl.

Chesnais, François (2001): Tobin or not Tobin: eine internationale Kapitalsteuer.
Konstanz: UVK.

Wer kommt und wer geht?

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin Kanton Zug | Bild Michael van Orsouw

8 Die Schlagzeilen zur Veränderung von Zug häufen sich. Laut Tages-Anzeiger entwickelt sich der Kanton «Vom Armenhaus zur Schaltzentrale». Die Bevölkerung thematisiert das neue Zug im Zusammenhang mit zahlbarem Wohnraum und mit english speaking in den Zuger Geschäften. Ein Zuger Historiker und Schriftsteller füllt Abend für Abend sein Haus mit der VerZUGung.

Zug wird diskutiert. So beschreibt der Journalist René Staubli am 10. Februar 2012 im Tages-Anzeiger den landschaftlich schönen, früher noch armen Agrarkanton. Angeblich soll es mit Hilfe des Zürcher Rechtsanwaltes Eugen Keller-Huguenin, der den ZugerInnen gleich selbst einen Entwurf für ein neues Steuergesetz zustellte, zu einem Boom von neuen Firmen im Kanton Zug gekommen sein. Im Volke regten sich aufgrund der Nebenwirkungen auch Widerstände. Sehr gut beschreibt er, wie die VorgängerInnen der Alternativen – die Grünen vom «Bürgerlichen Establishment» angegriffen wurden.

«VerZUGung»

Der bekannte Zuger Michael van Orsouw hat grossen Zulauf für sein Programm «Die VerZUGung», das er mit dem jungen Zuger Musiktalent Trubadueli aufführt. Er beschreibt die Veränderungen in Zug unter anderem wie folgt:

«Auf jeden Fall ist nun, zum Teil mehr als 500 Jahre später, die Vertreibung aus dem Paradies Wirklichkeit. Zug kann seine Hände nicht mehr länger in Unschuld waschen, Zug hat seine Unschuld verloren. Zuger finden in Zug kaum noch Unterschlupf. Die Zuger machen den zuziehenden Ausländern Platz. Anders als vor 30 oder 20 Jahren, als es die Italiener und Jugoslawen waren, die von der Industrie geholt wurden, strömen nun die Deutschen, Engländer, Schweden und Amerikaner nach Zug.

Smith wohnt hier statt Stadlin, Schwerzmann oder Speck, Bengtsson statt Brandenburg oder Bossard, Lloyds statt Luthiger oder Landt-

wing, van Orsouw statt Waller, Wickart oder Wyss.

Dafür sind nun Sins, Hausen am Albis, Honau, Immensee und Meierskappel die Gemeinden, in denen Zugerinnen und Zuger wohnen, die sich Zug nicht mehr leisten können. Eigentlich sind Sins, Hausen, Honau, Immensee und Meierskappel längst Zuger Gemeinden, ohne dass die Politik das nachvollzogen hat.»

Später kommt Michael van Orsouw wie folgt auf den Bauboom zu sprechen:

«Darüber, dass der grösste Bauboom ausgerechnet zu einem Zeitpunkt tobt, da die Linke im Stadtrat die Mehrheit hat.

Darüber, dass es aufgrund des Baubooms immer weniger Platz hat für Apfelbäume mit Äpfeln dran, die in Versuchung führen können.

Darüber, dass die Bahnhofstrasse gar nicht zum Bahnhof führt.

Darüber, dass der Zuger Rötel ohne künstliche Züchtung längst ausgestorben wäre.

Darüber, dass das Quartier, das am weitesten vom See und den Fischen entfernt ist, Rötel heisst.

Darüber, dass sich an der Industriestrasse gar keine Industrie mehr befindet – ausser die V-Zug.»

Zugzug

Die Entwicklung in Zug und die Reaktionen von Menschen hat auch viel mit Gefühlen und mit der eigenen Wahrnehmung zu tun. Diese ist wichtig. Trotzdem darf ein Blick auf die Zahlen auch nicht fehlen.

Die Tabelle «Zuzug aus dem Ausland bzw. Wegzug ins Ausland» zeigt, dass auch im 2011 viele Menschen

mit deutscher Nationalität in den Kanton Zug ziehen, gefolgt von EngländerInnen und AmerikanerInnen. Es erscheinen nun aber auch neue Nationalitäten in den vorderen Rängen bezüglich Zuzug wie die Russen, die bereits an 8. Stelle sind. Auch für Menschen aus Polen und erstaunlicherweise aus Island scheint Zug als Wohnort attraktiv zu sein.

Wegzug

Schauen wir uns die Statistik bezüglich Zu- bzw. Wegzug in andere Kantone an. Die Tabelle «Zuzug aus anderen Kantonen bzw. Wegzug in andere Kantone» zeigt, dass wir auch im 2011 weiterhin einen negativen Saldo haben. Was nichts anderes heisst, als dass mehr Personen den Kanton Zug zugunsten eines anderen Kantons verlassen als in den Kanton Zug ziehen. Nach wie vor hoch ist die Zahl der Wegzüge. In den vergangenen Jahren lag sie jeweils zwischen 3'400 und 4'000. Das heisst, das jedes Jahr gut 3 Prozent der Bevölkerung dem Kanton Zug den Rücken kehrten, vermutlich viele, weil sie sich den benötigten Wohnraum im Kanton Zug nicht mehr leisten können. Geht diese Entwicklung so weiter, werden in zehn Jahren etwa 35'000 Personen in andere Kantone ziehen. Das wäre ein Viertel mehr, als die Stadt Zug heute an EinwohnerInnen zählt oder fast ein Drittel der heutigen Wohnbevölkerung des gesamten Kantons Zug.

Zug durchmischt

Der Zuger Regierungsrat hat sich in seiner Strategie 2010-2018 die Erhaltung einer durchmischten Gesellschaft zum Ziel gesetzt. Damit dieses Ziel erreicht werden kann und die Entwicklung nicht in die entgegengesetzte Richtung läuft, braucht es noch viele griffige Massnahmen. Zahlbarer Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten entsteht nicht von allein, sondern nur mit staatlicher Initiative und gezielter Förderung. Die Bereitstellung genügender Kin-

derbetreuungsplätze und öffentlicher Tagesschulangebote wäre ein Wohn-Standortvorteil, der es auch für Familien attraktiv machen würde, im Kanton Zug zu bleiben. ■

«VerZUGung»

Die «VerZUGung» führen Ueli Stampfli und Michael van Orsouw nochmals am 23. März 2012, 20h, im Oswalds Eleven auf. Ausschnitte werden am 5. Mai 2012 am Tag der Offenen Tür von doku-Zug vorgeführt (12h und 14.30h).

Am 4. April 2012 erscheint das Buch «Spiel uns das Lied von Zug» von Judith Stadlin und Michael van Orsouw (20h, Bücher Balmer).

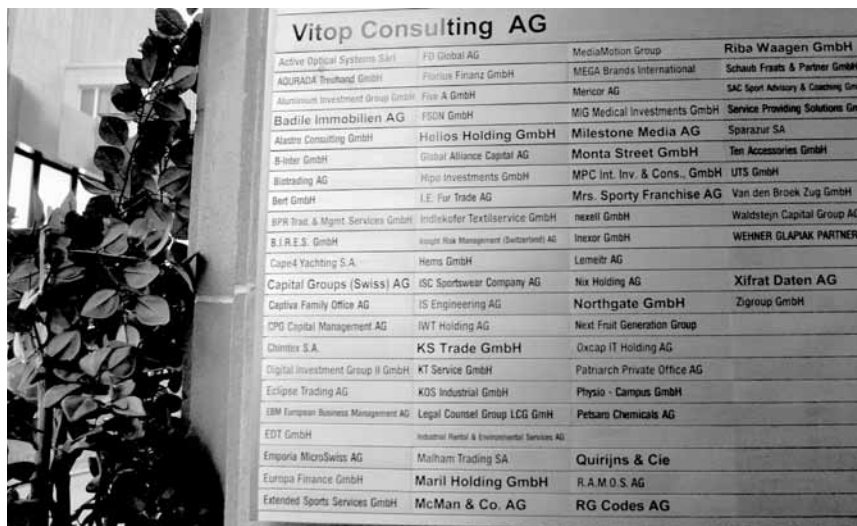


Bild aus dem Bühnenprogramm «Die VerZUGung» von Michael van Orsouw

Zuzug aus dem Ausland bzw. Wegzug ins Ausland												
	2008			2009			2010			2011		
	Zuzug	Wegzug	Saldo	Zuzug	Wegzug	Saldo	Zuzug	Wegzug	Saldo	Zuzug	Wegzug	Saldo
Deutschland	1'336	857	479	1'080	760	320	1'175	844	331	1'112	868	244
Grossbritannien	316	138	178	289	173	116	328	202	126	461	225	236
USA	179	99	80	164	105	59	194	135	59	247	144	103
Italien	139	170	-31	170	141	29	184	113	71	241	157	84
Niederland	126	75	51	110	102	8	141	65	76	84	95	-11
Portugal	149	83	66	116	77	39	129	78	51	217	101	116
Frankreich	109	72	37	91	79	12	115	71	44	161	93	68
Österreich	108	82	26	80	65	15	104	67	37	131	75	56
Spanien	35	52	-17	64	52	12	104	38	66	161	75	86
Russland	75	31	44	105	55	50	84	33	51	115	52	63
Polen										90	34	56
Island										86	3	83
Übrige Nationen	3824	3822	2	3640	4037	-397	3957	3755	202	4'263	3692	571
Total	6396	5481	915	5909	5646	263	6515	5401	1114	7369	5614	1'755

Zuzug aus anderen Kantonen bzw. Wegzug in andere Kantone (ohne WochenaufenthalterInnen)												
	2008			2009			2010			2011		
	Zuzug	Wegzug	Saldo	Zuzug	Wegzug	Saldo	Zuzug	Wegzug	Saldo	Zuzug	Wegzug	Saldo
Total Zu- und Wegzüge	2886	3664	-778	2900	3911	-1011	3205	3452	-247	3344	3466	-122

Statistiken

Mehr Statistiken unter <http://www.zug.ch/behoerden/direktion-des-innern/direktionssekretariat/volkszaehlung2010/statistik>

Wohnen in Zug für alle

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative – die Grünen Zug | Bild Internet

10

Zugs Wirtschaft boomt, Zug ist reich, die Steuern tief – doch die Mehrheit profitiert nicht. Denn Wohnen und Leben wird immer unerschwinglicher. Die Stadt muss Gegensteuer geben – mit der Förderung von zahlbarem Wohnraum. Die Abstimmung dazu findet am 17. Juni 2012 statt.

Die Stadt Zug ist attraktiv: See und Zugerberg – viele Angebote in Kultur und Sport – ein effizientes Bahn- und Busangebot – gute Schulen – immer mehr Arbeitsplätze. Dieser «Er-

stern oder der Schaffung von «Business-Zonen» wie das alte L&G-Areal für Firmen und Reiche ideale Rahmenbedingungen geschaffen. Der Zuzug von Topverdienern lässt



folg» hat eine Kehrseite. Ein Blick ins Amtsblatt genügt. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit in der Stadt eine zahlbare Wohnung zu finden – vor allem für Familien. Viele Einheimische müssen wegziehen. Das Unbehagen hat selbst gestandene Bürgerliche erfasst. Jost Grob, ehemaliger Kantonalbankchef, oder Georg Stucky, alt Regierungsrat, prangern die golddrausch-ähnlichen Zustände im Zuger Immobilienmarkt an. Es wird teuer saniert, spekuliert und unanständig Mieten erhöht.

Unermesslich

Zugs Politik hat mit gezielten einseitigen Markteingriffen wie Tiefst-

die Boden- und Wohnpreise ins Unermessliche steigen. Die Studie der Credit Suisse vom 2011 ist eindeutig. Zug hat (zusammen mit Genf) die höchsten Wohn- und Lebenskosten in der Schweiz.

Doch Zug soll ein Ort für alle sein – so muss die Politik nicht nur für das grosse Geld, sondern für die Bevölkerungsmehrheit mit normalem oder tieferem Einkommen schauen. Darum hat ein überparteiliches Komitee mit Mieterverband, Alternativen – die Grünen, SP und CSP letztes Jahr erfolgreich für die Initiative «Wohnen in Zug für alle» Unterschriften gesammelt. Die Initiative kommt nun am 17. Juni zur Abstim-

mung und weist die Stadt an, durch geeignete Massnahmen dafür zu sorgen, dass zahlbarer Wohnraum erhalten, geschaffen und gefördert wird (siehe Kasten). Nur so bleibt Zug eine Stadt für alle.

ZugerInnen wollen hier wohnen

Zug braucht die gute soziale Durchmischung, darf nicht Heim nur für Superreiche sein. Frühere Massnahmen sind schon verpufft. Die 1981 vom Volk angenommene Initiative für 400 günstige Wohnungen wurde von der Politik verschleppt und wird erst dieses Jahr umgesetzt – mehr als 30 Jahre nach Annahme. Und: Mit 62% Ja befürwortete die Bevölkerung 2009 die Schaffung von Zonen für preisgünstigen Wohnraum. Im Rank, in der Nordschleife, im Lüssi und unterhalb des Franziskusheim können nun etwa 340 solcher Wohnungen geschaffen werden – wie günstig und bis wann, kann noch niemand sagen. Darum braucht es ein Ja zur Initiative. Nur mit griffigen Massnahmen haben wir Stadtzugerinnen und -zuger eine faire Chance hier wohnen bleiben zu können. ■

Was will «Wohnen in Zug für alle»...

- 1: Die Stadt Zug trifft Massnahmen zum Erhalt und zur Schaffung von preisgünstigen Wohnungen und fördert den gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau.
- 2: Fördermassnahmen sind insbesondere:
 - a) die Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften und anderen gemeinnützigen Bauträgern bei der Landbeschaffung
 - b) Beitragsleistungen an Wohnbaugenossenschaften und andere gemeinnützige Bauträger für die Erstellung und die Renovation von preisgünstigem Wohnraum
 - c) die Schaffung weiterer Zonen für den preisgünstigen Wohnungsbau im Zonenplan.

Jede Stimme zählt

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative – die Grünen Zug | Bild Wikipedia

Alle Parteien wussten es – Zug hatte seit Jahrzehnten ein Wahlgesetz, dass der Schweizer Verfassung widersprach. Nun bringt die Regierung ein demokratisches und faires Wahlgesetz in den Kantonsrat – mit dem doppelten Pukelsheim bei Kantonsratswahlen. Doch was machen CVP und FDP – sie fordern bei Regierungswahlen zum x-ten Mal Majorz statt Proporz.

Im Sport beklagen sich schlechte Verlierer über die Regeln. In der Politik sind es seit Jahren FDP und CVP, welche statt mit Inhalten zu überzeugen, die Wahlregeln zu ihren Gunsten abändern. Zur Sicherung der eigenen Macht nahmen sie in Kauf, dass grosse Teile des Stimmvolkes ihrer Stimme beraubt wurde. Die Alternativen – die Grünen setzen sich bereits 2006 anlässlich der Totalrevision des Wahlgesetzes für mehr Demokratie ein. Denn die Wahlkreise sind in Zugs Landgemeinden zu klein. Ein Beispiel: Walchwil hat 3 Kantonsratssitze. Wenn nun Partei A 24% macht, Partei B 26% und Partei C 50%. Dann war die Stimme von 24% der Bevölkerung für den Papierkorb. A = 0 Sitze, B = 1 Sitz, C = 2 Sitze. Ähnlich ist es in Menzingen, Unterägeri, Oberägeri, Neuheim, Risch, Hünenberg.

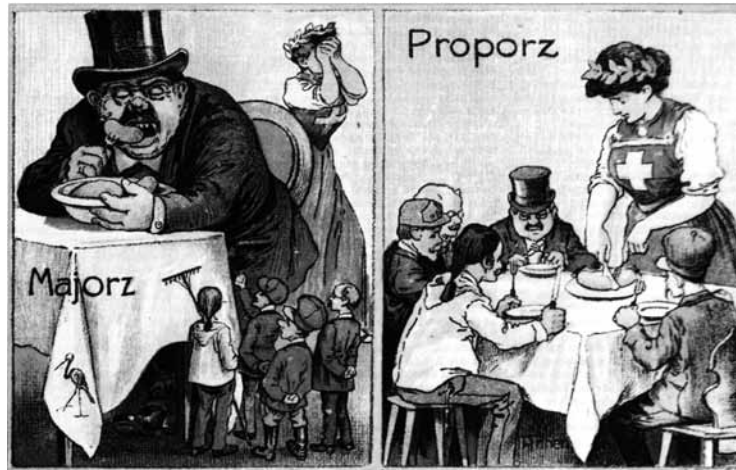
Erst eine Beschwerde vor dem Bundesgericht zwingt nun die Zuger Regierung ein faires Wahlgesetz vorzulegen. Grundsätzlich gäbe es drei Möglichkeiten: neue Wahlkreise, Wahlkreisverbände oder den in anderen Kantonen bewährte doppelte Pukelsheim. Die ersten beiden lehnen die Alternativen ab. Beides würde nicht mehr garantieren, dass jede Gemeinde im Kantonsrat vertreten ist. Wir favorisieren wie die Regierung das Modell Pukelsheim. Dieses Modell belässt die traditionelle Struktur der Gemeinde als Wahlkreis und garantiert gleichzeitig, dass der Kantonsrat nach dem demokratischen Wählerwillen der Bevölkerung zusammengesetzt ist.

Regierungswahlen: Bewährten Proporz beibehalten
Regierungsrat Joachim Eder liess

sich im 2011 in den Ständerat wählen – mit Brigadier Hürlimann rückte die Nummer 3 auf der FDP-Liste in den Regierungsrat nach. Als der Zuger Stadtrat Ueli Straub (FDP) im 2009 über Nacht aus dem Amt

Regierung schicken. Beispiel: 51% der Wählenden wählen konsequent für 4 CVP- und 3 FDP-Regierungsräte, dann wären die Stimmen der übrigen 49% nutzlos. Darum ist die Regierung richtigerweise für den Proporz – Alternative, SVP, GLP und SP auch.

Mit Spannung erwarten wir die Ratsdebatte und sind bereit, uns mit einem breiten Bündnis für ein faires und demokratisches Wahlgesetz einzusetzen. ■



flüchtete, rückte Nr. 3 der Liste Ivo Romer nach. Im Januar 2012 trat Antonia Rogenmoser (FDP) aus dem Oberägerer Gemeinderat zurück; es folgt Nr. 3 der Liste Marcel Güntert. Und auch als 2007 in Oberägeri CVP-Gemeinderat Gustav Iten auschied, rückte mit Alfred Nussbaumer ein Ersatzmann nach. Immer ohne Ersatzwahlen. Nun wollen exakt die Profiteure des Proporz, FDP und CVP, den traditionellen Zuger Proporz (seit 1894) bei den Exekutivwahlen abschaffen. Eine Zwängerei: Damit scheiterten sie bereits mehrfach beim Stimmvolk. Majorzwahlen würden den Bestrebungen des neuen Wahlgesetzes, dass der Wählerwille umgesetzt wird, zuwiderlaufen. So könnten beachtliche Teile der Wählerschaft keinen ihrer bevorzugten Kandidierenden in die

Wilde Wahlsitten von 1885 führten zur Proporzwahl

1885 fanden Erneuerungswahlen für die Zuger Einwohnerräte statt, damals noch im Majorzsystem. Das führte bei beiden Parteien, den Katholisch-Konservativen und den Liberalen, zu Klagen. In der Stadt Zug wurden wie drei Jahre zuvor fünf Liberale in den Stadtrat gewählt. Sie verzichteten, anders als in den anderen Gemeinden üblich, eines ihrer Mandate freiwillig an die Minderheits-Partei abzugeben. Die «Neue Zuger Zeitung» kritisierte: «Eine nicht gerade rühmliche Ausnahme davon macht die Stadtgemeinde Zug, wo der ungefähr gleich starken konservativen Partei nun wiederholt weder im Einwohnerrat noch in der Rechnungs-Prüfungscommission eine Vertretung zugestanden wurde.»

Fukushima lässt grüssen

Martin Stuber, Redaktor BULLETIN | Illustration BULLETIN

12

Am 12. März 2011 – ein Tag nach dem Erdbeben und Tsunami – ereignete sich eine grosse Explosion im Block Nr. 1 des AKW Fukushima. Zwei Tage später im Block Nr. 3 und tags darauf im Block Nr. 2. Es brauchte einer nicht Atomphysiker zu sein, um zu wissen, dass so viel explosiver Wasserstoff in einem Kernreaktor nur entsteht, wenn frei liegende Brennstäbe zu schmelzen begonnen haben. Vier Tage nach dem Erdbeben war klar: Das war der Super-GAU, die Welt würde nie mehr so sein wie zuvor.

Es gibt aber noch einige, die schnell vergessen und das nicht begreifen wollen oder können. Zu ihnen gehört der Präsident der AVES, dem Verein, in dem sich die Schweizer Atomlobby politisch organisiert hat. Rolf Schweiger will einfach nicht sehen, was in Fukushima passiert ist – und kritisiert das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zu Mühleberg wegen der wirtschaftlichen Folgen. Zum gleichen Kaliber gehört der hochbezahlte CEO der AXPO, Heinz Karrer, dem zu diesem Urteil tatsächlich nichts Gescheiteres einfällt als die Behauptung, ein fixes Abschaltdatum erhöhe das Risiko, weil dann nicht mehr in die Sicherheit des AKWs investiert werde. Eine Logik, die bedeuten würde, dass ein AKW gar nie abgestellt werden darf.

Buch lesen, Herr Schweiger!

Den beiden und ihren Atom-Kompagnons kann nur noch eines helfen: Sie sollten subito das brennend aktuelle Buch von Susanne Boos lesen: «Fukushima lässt grüssen: Die Folgen eines Super-GAUs.»

In dem soeben erschienen Buch beschreibt Susanne Boos eindrücklich, was sich in Japan tatsächlich und nachweislich ereignet hat, was die Folgen für die Bevölkerung sind und wie die drei Reaktoren nach wie vor noch nicht unter stabiler Kontrolle sind.

Japan ist das eine – wie es in der Schweiz aussehen würde nach einem GAU – eben z.B. nach einem Erdbeben mit Dammbbruch in Mühleberg – das andere. Boos schreibt im Vorwort:

«Fukushima lässt grüssen», der Satz stammt von einem Behördenmitglied, einem Schweizer Strahlenschutzexperten. Wir hatten uns zu einem informellen Gespräch getrof-



fen, er liess dabei diesen Satz mehrmals fallen, um deutlich zu machen: Fukushima hat vielen die Augen geöffnet – das vermeintlich Undenkbare ist erneut eingetreten und hat über Nacht ganze Notfallkonzepte zu Makulatur gemacht, weil sie zu simpel waren. In diesem Buch wird nachgezeichnet, wie man mitten in Europa mit einer grossen Atomkatastrophe umzugehen gedenkt. Wie würde man evakuieren, wie dekontaminieren? Vor Fukushima glaubte man, alles im Griff zu haben. Seit

Fukushima gestehen sich viele Verantwortliche ein, dass man nur beschränkt gerüstet ist. Denkblockaden sind gefallen – Tschernobyl hat das nicht geschafft. (...)

Man muss sich vorstellen können, was ein Super-GAU in unmittelbarer Nähe mit der eigenen Welt anrichten würde. Wie es wäre, wenn man alles zurücklassen muss und nicht mehr nach Hause darf. Wenn die Kühe im Stall verhungern, weil keiner mehr da ist, der sie füttert. Wenn die Kinder nicht mehr draussen spielen dürfen.

Seit Fukushima braucht es keine Fantasie mehr, sich das vorzustellen. Man muss nur hinschauen. Und das versucht dieses Buch.»

3 Millionen Evakuierte

Boos übersetzt das, was in Fukushima passiert ist, in ein vergleichbares Ereignis in der Schweiz. Es läuft einem kalt den Rücken hinunter, wenn da zu lesen ist, dass die Atomaufsichtsbehörde, das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) sich drei Szenarien ausgedacht hat, um den Ernstfall zu simulieren – aber eine Kernschmelze mit Freisetzung von Cäsium oder Strontium ist dabei nicht vorgesehen. Fukushima ist nicht vorgesehen in der Schweiz.

Boos bringt es auf den Punkt: «Bei allen drei Szenarien wurde fleissig gerechnet, um letztlich eine imposante Illusion aufzubauen, die neben der Realität naiv wirkt.»

Es kommt aber noch schlechter: schon 1990 beschrieben die beiden Zürcher Soziologen Nef und Meier-Dallach aufgrund einer deutschen Studie über den Ablauf eines GAUs in einem Siedewasserreaktor vom Typ Mühleberg detailliert, welche Folgen das hätte. «Längerfristig müssten 3 Millionen Menschen umgesiedelt werden. Doch wohin?»

Wem 2012 die Zeit nur für ein einziges Buch reicht – hier ist es. ■

Teilerfolge

Philippe Koch, Redaktion BULLETIN | Bild Zweitwohnungsinitiative

Am Wochenende vom 10./11. März wurde in der Schweiz gewählt und abgestimmt. Auf nationaler Ebene kamen fünf Vorlagen zu Abstimmung. Die Annahme der Zweitwohnungsinitiative ist ein Erfolg für die Grünen und ein wichtiger Schritt zu einer ökologischeren und sozial verträglicheren Nutzung des Bodens. Ein Teilerfolg konnte mit der Ablehnung der Verfassungsinitiative gegen Schulexperimente auch in Zug erreicht werden.



Gegen die Verschandelung durch schmucke, aber unbewohnte Chalets der Bourgeoisie

Doch zuerst zu etwas Grundsätzlicherem: An diesem Wochenende haben mehr als zwei Millionen Stimmberechtigte ihre Stimme abgegeben und dies für Vorlagen, die wohl die wenigsten Menschen unmittelbar betreffen. Die Vorlage, die unmittelbar den Lebensalltag verändert hätte – die Ferieninitiative – wurde abgelehnt. Dies ist, wie die Reaktionen in den ausländischen Medien gezeigt haben, zumindest überraschend. Die Stimmenenden entscheiden nicht immer so, wie erwartet. Sie bilden sich eine Meinung über Sachverhalte, die teilweise nichts mit ihrem Alltag zu tun haben. Und ihre Haltung entspricht nicht (immer) der Logik der Nutzenmaximierung. Dass Menschen überhaupt wählen und abstimmen, ist für manche Ökonomen und Ökonomen unerklärlich. Denn nie wird die eigene Stimme entscheidend sein – warum sollte man also überhaupt zur Urne gehen, wenn sich das Abstimmungsresultat dadurch nicht we-

sentlich verändern lässt? Dieses Wochenende hat aber wieder einmal gezeigt: Die Menschen helfen nicht nur dann einen Tisch zu heben, wenn ihre eigene Muskelkraft entscheidend ist. Sie helfen, weil sie helfen und Teil eines Kollektivs sein wollen. Politische Fragen und Debatten vermögen zu mobilisieren, trotz all der vermeintlichen sozialen Umwälzungen und Transformationen (Individualisierung, Globalisierung etc.).

Einbürgerungsgesetz in Zürich abgelehnt

Erstaunt war ich besonders über das Resultat zu den beiden Bürgerrechtsvorlagen in Zürich. Mehr als 300'000 Zürcherinnen und Zürcher haben sich zu einer Vorlage geäußert, von der sie nie direkt betroffen sein werden. Und eine Mehrheit davon hat sich gegen höhere Hürden zur Erlangung des Schweizer Passes ausgesprochen. Sie haben sich also für eine Gruppe von Menschen eingesetzt –

für Ausländerinnen und Ausländer – die in der Öffentlichkeit zunehmend diffamiert und kriminalisiert wird. Auch dies ist keine Selbstverständlichkeit.

Erfolgsrezept

Der Erfolg der Initiative gegen Zweitwohnungsbau legt den Blick frei auf ein mögliches Erfolgsrezept für umweltpolitische Volksinitiativen. Nur etwa zehn Prozent aller Volksinitiativen werden an der Urne angenommen. Grüne Anliegen haben oft einen besonders schweren Stand. Wird die Vierzig-Prozent-Marke bei den Ja-Stimmen geknackt, kann meist bereits von einem Erfolg gesprochen werden. Drei Initiativen sind in den letzten 25 Jahren jedoch wider Erwarten angenommen worden: die Rothenthurm-Initiative (1987), die Alpeninitiative (1994) und jetzt die Initiative gegen die Zweitwohnungen. Was alle drei Initiativen eint, ist dass sie Anliegen des Umwelt- und des Landschaftsschutzes verbinden. Ist dies das Erfolgsrezept?

Zug

Die Gesetzesinitiative zur Einführung von Noten bereits ab der zweiten Klasse wurde von den Zuger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger leider angenommen. Trotzdem soll aber, wie Bildungsdirektor Stephan Schleiss im Anschluss an die Abstimmung versicherte, das bewährte System «Beurteilen und Fördern» künftig nicht gefährdet sein. Diese Zusage ist wichtig. Positiv ist, dass die Verfassungsinitiative «Für das Notenobligatorium ab der 1. Klasse und gegen Schulexperimente ohne Noten» wuchtig abgelehnt wurde. Damit bleibt der Schule jener Handlungsspielraum, den es für eine zielgerichtete und nachhaltige Schule braucht.

Dies alles sind Teilerfolge, die nach einem schwierigen politischen Jahr für die Zukunft zuversichtlich stimmen. ■

Jugend im (Dorf-)Zentrum

Redaktion BULLETIN | Bilder Paula Gisler

14

Marianne Schmid, Gemeinderätin Risch (Abteilung Soziales und Gesundheit) wurde im Herbst 2010 gewählt. Das vergangene Jahr war ihr erstes Amtsjahr. Das BULLETIN machte mit ihr einen Rück- und Ausblick, das folgende Interview mit ihr fand am 10. Februar statt. Das Interview führte Natalie Chiodi.

BULLETIN: Kannst du mir zuerst einen Überblick über deine Funktion als Gemeinderätin, bzw. die Abteilung verschaffen?

Marianne Schmid: Die Abteilung Soziales und Gesundheit, der ich vorstehe, ist in die Themen «Prävention», «Früherkennung» und «Behandlung» aufgeteilt. Wobei «Früherkennung» keinen eigenen Bereich bildet, die Aufgaben laufen ineinander über. Die Familienergänzende Kinderbetreuung, Jugendförderung und das Gemeinwesen sind dem Bereich «Prävention» zuzuordnen, die Schulsozialarbeit, der Sozialdienst und das Vormundschaftswesen dem Bereich «Behandlung». Diese Aufteilung geht auf meine Vorgängerin Dorothea Wattenhofer zurück, die mit der Hochschule Luzern diese Organisationsentwicklung durchgeführt hat.

BULLETIN: Was ziehst du für eine Bilanz über das vergangene Amtsjahr 2011?

Marianne Schmid: Ich ziehe eine positive Bilanz zu meinem ersten Amtsjahr. Das zentrale Thema war «Jugend im Zentrum» und zwar nicht nur im übertragenen Sinn, sondern auch im eigentlichen Sinne. Es herrscht in der Bevölkerung Einigkeit darüber, dass die Jugendlichen und die Jugendanimation nicht an den Rand gedrängt werden sollten, sondern, dass letztere dort sein soll, wo sich die Jugendlichen sowieso aufhalten. Nämlich in der Nähe des Bahnhofes, welcher für Jugendliche wie ein Magnet wirkt. Die Bevölkerung hatte zuvor zu einem Pavillon auf dem Dorfmat-Platz NEIN gesagt. Daher musste man eine neue Lösung finden, die sich kurz darauf durch den Auszug des Restaurants aus dem Dorfmat geboten hat. Wir konn-

ten die Bevölkerung für diese Idee, die Jugendanimation dort anzusiedeln, gewinnen.



Wir sollten die linken Kräfte bündeln, nicht splitten.

BULLETIN: Dieses Vorgehen ist eher untypisch?

Marianne Schmid: Ja und nun sind wir den Beweis schuldig, dass das Nebeneinander von jugendlichen und älteren BewohnerInnen (daneben ist ja gleich das Altersheim) harmonieren wird.

BULLETIN: Welche anderen Themen haben dich noch beschäftigt?

Marianne Schmid: Das internationale Jahr der Freiwilligenarbeit, welches auch wir begangen haben. Die Ehrung der Freiwilligen wurde mit einem Fest am Dorfmarkt gefeiert.

BULLETIN: Wie seid ihr an jene Freiwilligen gelangt, die geehrt werden sollten, ohne dass es böses Blut gab?

Marianne Schmid: Das ist eine gute Frage und war gar nicht so einfach. Wir haben alle Vereine, die beiden Kirchenämter und die Parteipräsidenten angeschrieben. Ferner hatten wir es in der Gemeindezeitschrift (d'Gmeind) ausgeschrieben, damit jede und jeder sich melden konnte. Mir ist nicht bekannt, dass es böses Blut gegeben hätte.

BULLETIN: War der öV auch ein Thema im letzten Jahr?

Marianne Schmid: Das Thema ist neben meinen Aufgaben in meiner Abteilung «Soziales und Gesundheit» ein Thema, das mir immer am Herzen liegt. Ich war Gründungsmitglied im Komitee «Zimmerberg light». Ich habe keine tragende Funktion in diesem Komitee, war wie gesagt nur bei der Gründung aktiv. Das Komitee widersetzt sich der Luxuslösung Zimmerberg-Basistunnel, weil dieser sehr teuer würde. Die Kosteneinsparungen durch die «Zimmerberg light»-Variante durch halb so viel Tunnelkilometern wie beim Basistunnel könnte u.a. dem Tiefbahnhof Luzern zugute kommen.

BULLETIN: Was erwartest dich im Jahr 2012?

Marianne Schmid: Das neue Vormundschaftsgesetz (neu Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz) – das älteste Gesetz, das es überhaupt gibt – muss bis 1. Januar 2013 umgesetzt sein. Dabei geht es hauptsächlich um den Wechsel von einer Laienbehörde zu einer professionellen Behörde. Es wird eine kantonale Behörde geben und das Mandatsführungszentrum. Die Direktion des Innern hat die Federführung und erstellt die Strukturen. Rotkreuz z.B. hat zurzeit 120 Stellenprozent auf drei Personen verteilt und mir ist heute noch nicht klar, wie und wo diese Personen im nächsten Jahr arbeiten werden. Zurzeit sind wir daran, Vorbereitungen zu treffen, z. B. indem wir unsere Dossiers gut vor-

bereiten, damit wir diese in gutem Zustand weitergeben können.

BULLETIN: Wie geht es dir als Linke im Gemeinderat?

Marianne Schmid: Wir arbeiten im Gemeinderat gut zusammen, haben sachbezogene und wertschätzende Diskussionen. Meine Ideen und Vorschläge werden nicht aus Prinzip zurückgewiesen, weil sie etwa von LINKS kommen.

BULLETIN: Was beschäftigt dich zurzeit in der Politik/Partei?

Marianne Schmid: Mich bewegt die Frage, wer unsere Parteimitglieder von morgen sind. Wir brauchen dringend Leute für die Parteiarbeit. Schade ist in meinen Augen die GLP-Gründung. Wir sollten die linken Kräfte bündeln, nicht splitten. Allerdings höre ich von anderen Parteien die gleichen Klagen. Wir kennen in den Rotkreuz Schulen das Jugendparlament. Den Jugendlichen muss das demokratische System nahe gebracht werden. Wenn dies die Eltern nicht tun, dann braucht es einen Ersatz. Das Jugendparlament kann eine Form dazu sein.

BULLETIN: Wie steht es mit deiner Work-live-Balance?

Marianne Schmid: Ich habe per 1. Januar 2012 eine neue Stelle angetreten. Bis zu meiner Wahl in den Gemeinderat habe ich 100% als Personalleiterin gearbeitet. Danach habe ich auf 80% reduziert. Allerdings habe ich gemerkt, dass dies noch immer zu viel ist und habe nach Ablauf der ersten 100 Tagen gekündigt. In der Folge wurde ich von einem früheren Arbeitgeber sozusagen «zurückgeholt» und arbeite nun 70% als Personalleiterin und ca. 40% als Gemeinderätin. Was mich besonders freut, dass ich wieder per Velo zur Arbeit fahren kann. Ob ich mit dem Zug oder mit dem Velo pendle, ich brauche in jedem Fall ca. 50 Minuten. Ich sage mir jeweils, wenn ich

während der Woche noch Zeit zum Rudern finde, dann bin ich zufrieden mit der Woche, bzw. mit dem Ausgleich.

BULLETIN: Wie sieht dein Arbeitstag aus?

Marianne Schmid: Dienstags ist normalerweise mein Gemeinderat-Tag. Ich sitze jeden Dienstagnachmittag mit dem Abteilungsleiter zusammen und wir besprechen Aktualitäten, z.T. auch Fälle, wobei ich aber vor allem strategisch und weniger operativ tätig bin. Das geht bis auf die Situationen in denen ich Personen rechtliches Gehör geben muss. Das kommt ca. 1–2 mal pro Woche vor. Das sind aber längst nicht immer nur proble-

tungsrat im Alterszentrum Dreilinden, Präsidentin in der Alimentenkassostelle, Einsitz im Verwaltungsrat des Pflegezentrums Ennetsee und Vorstandsmitglied der Fachstelle Migration.

BULLETIN: Was waren deine Erkenntnisse aus dem letzten Jahr?

Marianne Schmid: Das Schwierigste war für mich, eine Arbeitsmethodik zu finden, weil die Gemeinderätinnen kein Büro im Gemeindehaus haben. Ich hatte vorher noch nie von zu Hause aus gearbeitet. Also musste ich mich zuerst daheim strukturieren und bin auch noch immer dran, indem ich rein physisch Platz schaffen muss. Abendsitzungen, welche län-



Marianne Schmid im Gespräch mit der Redaktion des BULLETINS

matische Situationen, denn häufig sind es unverheiratete Eltern, die für den Unterhaltsvertrag herkommen. Jeden zweiten Dienstagmorgen haben wir Gemeinderatssitzung. Einladungen zu Anlässen werden im Rat besprochen und man macht gemeinsam ab, wer an welchen Anlass geht. Dies hängt vom Interesse und vom Zeitbudget ab. Wo niemand von uns gehen kann, sagen wir ab. Meine Hauptaufgabe ist es, Sitzungen vor- und nachzubereiten. Dann habe ich noch weitere Mandate wie z.B. Stif-

ger als bis 22 Uhr dauern, finde ich belastend, nicht nur weil der Wecker morgens um sechs wieder läutet. Auch wenn das erste Amtsjahr sehr streng war, habe ich gelernt, dass es neben den intensiven Zeiten auch wieder ruhigere Zeiten gibt. Ich kann meine Energie gut bündeln, wenn ich weiss, dass die Regeneration später erfolgen kann.

BULLETIN: Vielen Dank für das Gespräch. Wir wünschen dir alles Gute für deine weitere Arbeit. ■

Die Rückeroberung der Demokratie

Oliver Fahrni, gekürzter Nachdruck aus WORK, Die Zeitung der Gewerkschaften | Bild BULLETIN

16

Zwei Politik-Insider, die in den letzten 30 Jahren bei allem dabei waren, lupfen den Vorhang: So funktioniert die Allmacht der Konzerne in Bern.

Das Stimmvolk hat im Oktober nicht so gewählt, wie Economiesuisse befohlen hatte. Jetzt jammert der Lobbyverband der Banken, Atomstromer und Konzerne fürchterlich: Das neue Parlament sei «weniger berechenbar», sagt Economiesuisse-Präsident Gerold Bühler. Es werde «mehr Zeit und Ressourcen brauchen, die Parlamentarier für unsere Anliegen zu gewinnen». Übersetzung: Das blöde Volk hat noch immer nicht begriffen, dass die Schweiz von den Konzernen regiert wird.

Zwar sitzen im neuen Nationalrat ein paar zusätzliche AKW-Gegnerinnen und -Gegner. Aber Economiesuisse hat das Parlament noch immer fest im Griff.

Detaillierte Instruktionen

Dafür sorgt eine diskrete, subversive Truppe. Sie heisst «Gruppe Handel und Industrie». In ihr hat Economiesuisse mehr als die Hälfte der Parlamentarierinnen und Parlamentarier organisiert.

Was Economiesuisse da treibt, beschreiben Viktor Parma und Oswald Sigg in ihrem Buch «Die käufliche Schweiz» haarfein. «Zehn Tage vor Beginn jeder Session schickt Economiesuisse den Parlamentariern der Gruppe detaillierte Instruktionen für die anstehenden Geschäfte», notieren Parma und Sigg. Punkt um Punkt wird geschrieben, was die Konzerne angenommen oder abgelehnt haben möchten. «Die Vorgaben an die National- und Ständeräte haben grösstes Gewicht. Sie werden von Economiesuisse mit gewaltigem Aufwand erarbeitet». «Der Verband lässt das Stimmverhalten scharf beobachten». Dafür setzen sich Economiesuisse-Aufpasser auf die Ratstribünen. «Verfassungswidrige Umtriebe» nennen das die Autoren.

Denn die Verfassung verbietet es, den Parlamentariern Weisungen zu erteilen.

Gezielte Lügen

Höchste Zeit, dass Insider auspacken. Oswald Sigg, zuletzt Bundsratssprecher und Vizekanzler. Viktor Parma beschreibt seit mehr als 35 Jahren das Treiben im Bundeshaus.



Akribisch und unbestechlich. In Dutzenden von Episoden erzählen sie, wie die Konzerne die ganze Schweiz in ihren Privatbesitz brachten. Wie sie uns Bürgerinnen und Bürger, den «Souverän», entmachten. Und das Gemeininteresse unter das Joch der Konzerninteressen brachten.

Etwa 1993. Klammheimlich liessen die Banken damals den Artikel 158 aus dem Strafgesetzbuch streichen. Der verbot die Anleitung zur Speku-

lation. In dieser neuen Gesetzeslücke und vielen anderen Deregulierungen wuchern seither, ungestraft, die Selbstbereicherung der Banker und die Zerstörung der realen Ökonomie.

Wir erfahren genauer, wie Economiesuisse die Unternehmenssteuerreform II dem Volk mit gezielten Lügen aufzwang. Wie Villiger als Finanzminister die Eigenmittelvorschriften der Banken lockerte und dafür von der UBS mit dem Präsidentensessel belohnt wurde. Wie der freisinnige UBS-Bundesrat Merz hinterrücks die internationale Bankenregulierung torpedierte.

Mehr SVP, weniger Freiheit

Der Vorteil dieses Buches besteht darin, dass es zeigt, wie systematisch die neue Herrschaft einiger weniger vorbereitet wurde. Durch Figuren wie den Industriellen Hans Sulzer. Da wirkte keine «unsichtbare Hand des Marktes». Da wirkten schlimme Finger, wie heute Gerold Bühler, Kaspar Villiger, Oswald Grübel, Christoph Blocher. Allesamt sind sie Bewunderer des neoliberalen Überwältigers Friedrich von Hayek. Aus seinen Ideen machte die FDP daraus den Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat». Doch der Stern der Freisinnigen sinkt. Die SVP hat die Rolle der Banken- und Konzernpartei übernommen. Blocher ist dafür ein geeigneter Führer. Von Recht und Demokratie hält er wenig.

Parma und Sigg wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Demokratie zurückerobern. Wie das geschehen könnte, steht auch in ihrem Buch. Eine notwendige Lektüre! ■

Viktor Parma, Oswald Sigg:

Die käufliche Schweiz

Für die Rückeroberung der Demokratie durch ihre Bürger.

Nagel & Kimche, Zürich 2011, 208 Seiten, Fr. 25.90.

5,3 Milliarden pro Jahr

Interview mit Helmut Hubacher, mit freundlicher Genehmigung von kontakt.sev, der Zeitung des Schweizerischen Eisenbahner Verbandes

Helmut Hubacher, der langjährige Nationalrat und Präsident der SP Schweiz, ein Kämpfer für soziale Gerechtigkeit, nimmt Stellung zur Erbschaftssteuer-Initiative.

kontakt.sev: Helmut Hubacher, eigentlich könnte man mit dir über praktisch jedes politische Thema sprechen. Bist du enttäuscht, dass heute die Erbschaftssteuer-Initiative im Zentrum stehen soll?

Helmut Hubacher: Nein, das Thema dieser Initiative ist ja hochaktuell! Es geht um eine längst fällige Korrektur. Ich war noch im Nationalrat, als der damalige Bundesrat Kaspar Villiger

setzt werden. Es käme Geld in die Kasse, ohne dass die breite Masse bezahlen muss – die Reichen und Superreichen wären einmal dran. Seit Jahren wird vom «schlanken Staat» gefaselt, herausgekommen ist weltweit eine gigantische Verschuldung. Dieses Schlagwort gehört zum Kampf gegen den Sozialstaat, der mit der Erbschaftssteuer mehr Geld bekäme.



kontakt.sev: Ich stelle dir eine in der Schweiz fast unanständige Frage: Konntest du in deinem Leben viel erben?

Helmut Hubacher: Mein Vater war Prokurist; als er 88-jährig starb, vererbte er 320'000 Franken, wovon seine zweite Frau die Hälfte kriegte, meine Schwester und ich teilten uns die andere Hälfte. Der Teil,

diese Idee erstmals aufwarf. Natürlich wurde diese gute Idee von den Bürgerlichen damals gebodigt. Im Buch von Hans Kissling* ist nachzulesen, dass in den nächsten dreissig Jahren in der Schweiz 969 Milliarden Franken an 178 000 Nachkommen vererbt werden. 95 000 fallen unter die Freigrenze von 2 Millionen. Rund 80 000 Personen erben in dieser Zeit insgesamt 800 Milliarden, und schliesslich werden noch 50 Vermögen von über einer Milliarde (!) vererbt. Würde von den Erbschaften, die grösser als 2 Millionen sind, 20% Erbschaftssteuer abgezogen, ergäbe sich in diesen 30 Jahren eine Summe von 160 Milliarden oder 5,3 Milliarden pro Jahr – dieses Geld könnte beispielsweise für die AHV einge-

den meine Stiefmutter erhalten hatte, war nach drei Jahren in einem Altersheim aufgebraucht, und ihr Millionenvermögen – sie stammte aus reichem Haus – hat sie samt und sonders den Vereinen ihres Heimatdorfes vermacht!

kontakt.sev: Hattest du als Politiker je mit Erbschaftsfragen zu tun?

Helmut Hubacher: Nein, aber mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit, und darum geht es ja bei der Erbschaftssteuer. Die Erben kommen im Schlaf zu ihren Millionen, da ist es schon zumutbar, einen Fünftel zur Verfügung zu stellen. Was bei der UBS ging, muss auch bei der sozialen Sicherheit gehen – man muss die Denkblockade lösen!

kontakt.sev: Stimmt es denn, dass es den Alten in der Schweiz so gut geht, gibt es einen «Alterswohlstand»?

Helmut Hubacher: Wer als alter Mensch viel Geld hat, hatte es schon im aktiven Arbeitsleben. Kommt dazu, dass die Leute oft erben, wenn sie schon im AHV-Alter sind. Da kommt dann Geld zu Geld, man kann es drehen, wie man will.

kontakt.sev: Glaubst du, dass die Initiative eine Chance hat – dass die 100'000 nötigen Unterschriften zusammenkommen und dass das Volk dem Begehren an der Urne zustimmt?

Helmut Hubacher: Diese Initiative ist wohl nicht so stark dem Zeitgeist ausgesetzt wie seinerzeit die Bankeninitiative. Ihr «Tatbestand» bleibt. Es sind nur wenige von der Erbschaftssteuer betroffen, die anderen müssen das einsehen. 3 Prozent der Steuerpflichtigen in der Schweiz besitzen die Hälfte des gesamten Volksvermögens. ■

*Hans Kissling: Reichtum ohne Leistung. Die Feudalisierung der Schweiz. Rüegger-Verlag, Glarus/Chur 2008. CHF 26.–

«Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV»

Am 16. August 2011 wurde die eidgenössische Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» lanciert.

Die Volksinitiative verlangt, dass statt der Kantone künftig der Bund eine Erbschaftssteuer einzieht.

Besteuert würden Erbschaften von mehr als 2 Millionen.

Der Steuersatz liegt einheitlich bei 20%. Grosszügigere Lösungen betreffend Freibetrag gelten für KMU im Familienbesitz. Z.B. das Vererben eines Bauernbetriebes ist also weiterhin möglich.

Ein Drittel der Einnahmen aus der Erbschaftssteuer kommt den Kantonen zugute, zwei Drittel der AHV.

Für die syrische Revolution

18 **Einziger Redner an der Mahnwache für die Solidarität mit den Opfern des Assad-Regimes vom 5. März in Bern war Jo Lang. Wir drucken seine Ansprache unverändert ab.**



Die von der GSOA organisierte Mahnwache wurde von Amnesty International unterstützt. An ihr nahm eine Gruppe von syrischen Kurden teil. Sie straft jene Lügen, die hinter dem Aufstand gegen Assad bloss Sunniten sehen. Die Aktion soll der Anfang einer grösseren nationalen Kundgebung oder Demonstration vermutlich im Mai sein. Diese soll auch Bahrain, wo die Mehrheit der Oppositionellen Schiiten sind, einbeziehen. In der Romandie, wo mehr arabischen Menschen leben, hat es bereits ein paar Kundgebungen gegeben.

«Wir sind hier zusammengekommen, um uns mit den Opfern der Repression in Syrien zu solidarisieren. Das Assad-Regime gehört zu den rücksichtslosesten auf diesem Planeten. Das wissen wir spätestens seit der Ermordung Zehntausender von Menschen in Hama vor 30 Jahren durch den Vater des aktuellen Tyrannen. Der Anfang des Volksaufstandes in Syrien war ähnlich wie in Tunesien. In Nordafrika war die Selbstverbrennung eines Jugendlichen im Provinzort Sidi Bousid das Fanal. In Syrien war es die Verhaftung und Folterung von Jugendlichen in der Provinzstadt Deraa. Als eine Delegation in Damaskus deren Freilassung verlangte, wurde ihr geantwortet: «Vergesst eure Kinder, macht doch neue!»

Dass sich die Proteste derart schnell auf grosse Teile des Landes ausbreiteten, hat ähnliche Gründe wie in den anderen arabischen Ländern:

- die Ablehnung eines autoritären Regimes;
- die Wut gegen die Willkür eines Staats- und Repressionsapparates;
- das Entsetzen über die alltäglichen Misshandlungen und Folterungen;
- die Frustration über die grassierende Korruption und Günstlingswirtschaft;
- die Perspektivlosigkeit einer zahlenmässig starken und relativ gut ausgebildeten Jugend, die über den arabischen Frühling wohl informiert ist.

Wer die syrische Revolution mit anderen Faktoren – wie die Saudis oder Israel oder den Westen – erklärt, beleidigt die Menschen, die für die Freiheit der Personen und des Landes grösste Risiken eingehen. Der Volksaufstand war anfänglich ein friedlich-ziviler und ein überkonfessioneller. Das ist er zu einem

wichtigen Teil auch heute noch. Wenn es in letzter Zeit zu einer gewissen Militarisierung und Konfessionalisierung des syrischen Frühlings gekommen ist, liegt die Hauptverantwortung dafür

- bei einem Regime, das mit der Hinrichtung von Soldaten, die sich weigerten, auf das eigene Volk zu schiessen, ganze Truppen veranlasste, mit ihren Waffen zu den Aufständischen überzulaufen;
- bei einem Regime, das systematisch mit Propaganda und Provokationen die konfessionellen Konflikte und bei den Minderheiten die Angst davor schürt.

Wir solidarisieren uns mit den Opfern der Repression aus ethischen Gründen. Wir solidarisieren uns aber auch aus politischen Gründen. Eine weltweite Solidaritätsbewegung kann den zivilen und überkonfessionellen Charakter des syrischen Volksaufstandes stärken. Und sie kann beitragen, dass der arabische Frühling weiter blüht.

Wir fordern:

- den freien Zugang für die humanitäre Hilfe, insbesondere nach Holms;
- die Durchführung von weiteren Beobachter-Missionen, auch solcher von unabhängigen Menschenrechtsorganisationen;
- die Bewegungsfreiheit für Medienschaffende, weil diese einen gewissen Schutz bieten können;
- den gezielten ökonomischen und finanziellen Boykott gegen die Assad-Familie und die reichen Clans unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit, um zwischen Regime und Wirtschaft einen Keil zu schlagen.

Diese Mahnwache ist ein kleiner Anfang in der Deutschschweiz. Die Solidarität mit der syrischen Revolution, mit dem arabischen Frühling muss weitergehen. Sie wird weitergehen.» ■

Chamerstrasse 172

Franz Stoller, freier Journalist, Zug | Illustration BULLETIN

Im letzten BULLETIN berichteten wir über den Ex-Barman, der an der Chamerstrasse 172 in Zug seinen Geschäften nachgeht. Es scheint, als würden nicht nur «Lichtgestalten» im noch ziemlich neuen Gebäudekomplex auf dem Gygli-Areal ein- und ausgehen, sondern dass sich der mondäne Büro-bau eher zu einem Treffpunkt für dubiose Geschäftsaktivitäten entwickelt.

Am 8. Juli 2010 änderte die Firma Da Vinci Society Inter AG in Zug ihren Namen und wie es so üblich ist, wenn eine Aktien-Mantelgesellschaft verkauft wird, erneuert man auch gleich den Verwaltungsrat und wechselt das Domizil.

Ein Geschäft unter «Freunden»

Als Verwaltungsratspräsidentin amtiert seither die Rumänin Pamela Boog, so nebenbei auch noch Ehefrau von Pius Boog, einem der Angeschuldigten im NicStic Fall (vgl. BULLETIN Nr.2/2011). Auch Ex-Barman P. steuerte seinen Teil in Form einer Sacheinlage mittels eines Aktienpaketes der heute gelöschten I.S.O.X. Group bei und zu guter Letzt wurde rund einen Monat später mit einem altbewährten Trick das Aktienkapital gleich um CHF 400'000 aufgebläht. Fertig war die «neue» Davis AG für den Börsengang. Dass es sich beim Vorbesitzer der Davis AG, Thomas Hoffmann, ebenfalls um einen Angeschuldigten in der Strafuntersuchung der NicStic AG handelt, ist wohl nur als «Fauxpas» zu werten.

Spirituosen aus altem Gletscherwasser

Thomas Hoffmann ist der Mann hinter Arctic Velvet und der ThoCon AG in Cham und er hat Grosses vor. Mit Schnäpsen, die aus 2000 Jahre altem arktischen Gletscherwasser hergestellt werden, will er den Markt «bereichern». Doch auf die Seriosität seiner Firmengründung fallen Schatten. Die ThoCon AG wurde vom gestrauchelten Treuhänder Bertrand Chollet (vgl. BULLETIN Nr. 1/2008 und 2/2009) mit einer Sacheinlage von CHF 300'000, bestehend aus nicht werthaltigen Aktien der inzwischen

konkursiten NicStic AG gegründet. Interessanterweise wird auf dem Fragebogen der Interessengemeinschaft der NicStic-Aktionäre behauptet, Herr Hoffmann sei Grossaktionär der NicStic und zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, aber nach 15 Jahren vorzeitig entlassen worden. Eine diesbezügliche Mailanfrage des Bulletins an den CEO der ThoCon AG wurde mit «no comment» beantwortet. Eine Behauptung trifft hingegen sicher zu: Heinz Piroth alias Heinz Heinrich Hensley, einer der führenden Köpfe hinter der rauchlosen NicStic-Zigarette ist in den 90er-Jahren zu 8 1/2 Jahre Gefängnis verurteilt worden und hat in Deutschland Berufsverbot für den Vertrieb von Kapitalanlagen erhalten.

Ein Behauptung trifft hingegen sicher zu: Heinz Piroth alias Heinz Heinrich Hensley, einer der führenden Köpfe hinter der rauchlosen NicStic-Zigarette ist in den 90er-Jahren zu 8 1/2 Jahre Gefängnis verurteilt worden und hat in Deutschland Berufsverbot für den Vertrieb von Kapitalanlagen erhalten.

Fruchtsaft macht Millionäre

Ein anderer, der mit einem «Wundertrank» kräftig Kasse machen will, ist Alexander Herr. Dieser operiert mit seiner Firmengruppe ebenso von der Chamerstrasse 172 aus. Als Partner der US-amerikanischen Strukturvertriebsfirma Monavi LLC vertritt er einen Saft der Acaibeere, dem gar heilsame Wirkung nachgesagt wird und seine Verkäufer allesamt reich machen soll. Eine Strukturvertriebsfirma funktioniert ähnlich wie ein Schneeballsystem. Ein anderer Geschäftszweig Herrs war der Vertrieb von Prepaid-Kredit-

karten mit der inzwischen aufgelösten Eppo AG in Hünenberg. Diese hinterliess viele Schulden und unzufriedene Kunden. Hohe Kommissionen, nicht funktionierende Karten und eine dubiosen Bank im Libanon als Verrechnungsstelle sorgten bei den Benutzern für rote Köpfe. Doch der gelernte Metalller ist sehr vielseitig. So gehörte die Swiss Inkasso & Abrechnungs GmbH in Zürich zu seinem Portefeuille und er übte die

Davis AG	Liquiditätsplanung												
	2011	Jan	Feb	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept	Ok	Nov	Dez
	Total Soll	Soll	Soll	Soll	Soll	Soll	Soll	Soll	Soll	Soll	Soll	Soll	Soll
Arctic Velvet Netto-Geldengänge	4'107'750	0	0	0	0	0	0	684'025	684'025	684'025	684'025	684'025	684'025
Einzahlungen total	4'107'750	0	0	0	0	0	0	684'025	684'025	684'025	684'025	684'025	684'025
Arctic Velvet Einkauf (Anzahlungen abgezogen)	2'917'514	0	0	0	0	0	0	480'265	480'265	480'265	480'265	480'265	
Abgemeiner Aufwand gem. Detailbudget	369'600	30'260	31'050	37'250	26'250	53'250	23'250	33'250	30'250	33'250	30'250	30'250	
Aufbaukosten	37'800	37'800	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Kapitalzinsen linear 5% 500'000 / 12	24'950	2'083	2'083	2'083	2'083	2'083	2'083	2'083	2'083	2'083	2'083	2'083	
Auszahlungen total	3'372'210	71'133	33'133	39'333	28'333	55'333	25'333	52'162	51'862	51'862	52'162	51'862	
Brutto-Geldzufluss/-Geldabfluss (Ein-/Aus)	737'540	-71'133	-33'133	-39'333	-28'333	-55'333	-25'333	163'822	166'022	166'022	163'822	166'022	
Übrige Einzahlungen (z.B. Kreditaufnahme bei Dritten)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Übrige Einzahlungen aus Anzahlungen von Kunden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Übrige Auszahlungen für Investitions	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Übrige Auszahlungen (z.B. Kreditauszahlung an Dritte)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Übrige Auszahlungen für Akquisitionen an Lieferanten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Geldzufluss / Geldabfluss	737'540	-71'133	-33'133	-39'333	-28'333	-55'333	-25'333	163'822	166'022	166'022	163'822	166'022	
Bestand Kasse, Post, Bank	0	0	-7'133	-104'266	-143'599	-171'932	-227'265	-252'598	-89'575	76'448	242'471	405'494	
Geldüberschuss / Geldbedarf vor Steuern und Abschreibungen	737'540	-71'133	-104'266	-143'599	-171'932	-227'265	-252'598	-89'575	76'448	242'471	405'494	573'540	

Hochfliegender Businessplan der Davis AG

Funktion des Domizilhalters für das gescheiterte Weltraumprojekt Talis Enterprise AG in Morschach aus, wo man gegen 100 Millionen Investorengelder einsammeln wollte. Beide Firmen liegen heute als Firmenleichen auf dem «Friedhof» der zuständigen Handelsregisterämter.

Social Network als Sprungbrett

Eines haben inzwischen viele dubiose Firmen und Personen gemeinsam – sie kreieren in grosser Anzahl Seriosität vortäuschende Webseiten und suchen auf Social Networks wie Facebook, Twitter etc. nach potenziellen Opfern für ihre Geschäftsideen und prahlen dort mit ihrem angeblichen Reichtum und ihren Erfolgen. Ein beunruhigender Trend, den die Strafverfolgungsbehörden mit grösster Aufmerksamkeit beobachten sollten. ■



Klimakiller Kuh?

Nadja Brodmann | Illustrationen KAG Magazin

20

Die Kuh ist ein Inbegriff der Schweizer Identität. Zugleich ist sie ein Segen für die Menschheit, da sie Fleisch und Milch liefert. Doch sie wird zunehmend als Klimakiller verunglimpft. Weil sie bei der Verdauung rülpsst und das Treibhausgas Methan ausstösst. Eine genaue Betrachtung aber zeigt: Klimakiller sehen anders aus. Eine Ehrenrettung der Kuh.



Die Kuh steht stellvertretend für alle Wiederkäuer. Sie besitzt ein kompliziertes Magensystem, in dem Milliarden von Bakterien und Mikroorganismen leben. Dank diesen kann die Kuh ein Naturwunder vollbringen: Aus Gras und Heu wertvolle Fette und Eiweisse herstellen. Dabei entsteht Methan. Dieses Gas ist 25x klimaschädlicher als das bekannte Kohlendioxid (CO₂). Die Kuh stösst das Methan durch Rülpsen aus. Daher sind Kühe mitschuldig an der Klimaerwärmung – ein klarer Fall?

Wissenschaft im Labor

Anstatt den Ausstoss von Methan im Labor zu messen, sollten die Klimaforscher eine angepasste Weidehaltung von Kühen mit der industriellen Produktion von Fleisch und Milch vergleichen. Dann erscheinen Kuhrülpsper plötzlich in einem anderen Licht.

Am Anfang war das Gras...

Bevor der Mensch Landwirtschaft betrieb, waren 40% der globalen Landfläche von Gras bedeckt. Entweder aus klimatischen Gründen oder wegen der Beweidung durch wilde Herdentiere wie Gnus oder Bisons. Ohne Beweidung wären die afrikanischen Savannen, die amerikanischen Prärien und viele andere Grasländer verbuscht oder verwaldet. Der regelmäßige Frass und die natürliche Düngung durch Weidetiere steigern das Gras- und Wurzelwachstum. Dadurch wird viel CO₂ aus der Luft gebunden. Wälder könnten zwar noch mehr CO₂ speichern, stünden dann aber nicht mehr für die menschliche Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung. Eine nachhaltige Weidewirtschaft hingegen liefert langfristig einen wertvollen Beitrag zur Ernährung der Bevölkerung. Absterbende Graspflanzen verwandeln sich in Humus. Weidende Tiere in angemessener Zahl tragen somit zum Humusaufbau und zur Bindung von CO₂ im Boden bei.

...mehr Profit dank Mais, Getreide und Soja

70% der heute weltweit genutzten Landwirtschaftsflächen waren ursprünglich Grasländer. Sie werden mehr und mehr umpflügt. Rund ein Drittel dient zur Produktion von Tierfutter. Anstatt Gras fressen die Kühe nun Mais, Getreide und Soja, also Kraftfutter. Dadurch steigt die Milch- und Fleischleistung beträchtlich. Aber allein durch das Umpflügen von Grasland geht rund ein Drittel des Humus verloren. Der intensive, grossflächige Anbau von Futterpflanzen laugt die Böden aus, hohe Nährstoffverluste und Erosion sind die Folge.

Um das auszugleichen, werden Unmengen Kunstdünger eingesetzt. Am schlimmsten für die Umwelt ist Stickstoff-Dünger. Denn 3% werden durch Mikroorganismen in Lachgas umgewandelt, welches 295x klimaschädlicher ist als CO₂!



Intensive Milch- und Fleischproduktion mit Kraftfutter heizt den Klimawandel an.



Weidende Mutterkühe – Weidehaltung ist tier- und klimafreundlich.

Industrielle Tierhaltung als Klimakiller

Um den wachsenden Fleischhunger zu stillen, werden immer mehr Tiere unter katastrophalen Bedingungen zusammengepfercht. Die industrielle Tierhaltung erlebt einen weltweiten Boom. Es braucht immer mehr Ackerfläche für den Anbau von Kraftfutter, selbst ungeeignete Böden kommen unter den Pflug. Vor allem Regenwä-

der werden für intensiven Sojaanbau brandgerodet. Neben dem CO₂ aus der Verbrennung und der Freisetzung von Lachgas aus Kunstdünger verliert die Erde damit auch ihre grüne Lunge, die riesigen Urwälder, die CO₂ wieder in Sauerstoff umwandeln.

Nicht die Kuh ist das Problem

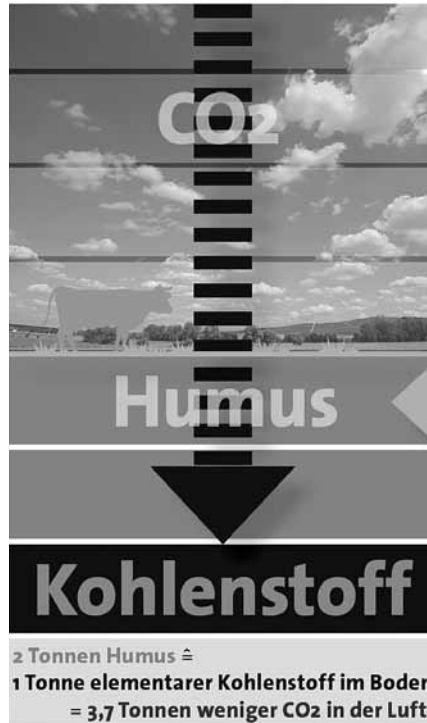
Die Landwirtschaft trägt zur Klimaerwärmung bei. Doch nicht das Methan der Kühe ist das Problem, sondern die Treibhausgase aus der intensiven Massentierhaltung und dem weltweiten Kraftfutteranbau. Landwirtschaftsflächen werden ausgelaugt und gehen längerfristig verloren. Eine nachhaltige Weidehaltung hingegen trägt zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, zur Begrenzung des Klimawandels und zur Welternährung bei.

Bewusster Konsum statt Verzicht

Die Lösung heisst also nicht, keine Kühe mehr zu halten, sondern Verzicht auf Billigfleisch und dafür massvoller Konsum von Milch und Fleisch aus Weidehaltung. Denn es gibt viele Flächen in den Bergen oder anderen kargen Gebieten, wo zwar Gras wächst, aber kein Ackerbau möglich ist. Diese Flächen wären für die menschliche Ernährung verloren, wenn das Gras nicht durch Weidetiere genutzt würde. Wiederkäuer sind zwar im Vergleich zu Schwein und Geflügel schlechte Kraftfutterverwerter, dafür aber hocheffiziente Grasverwerter. Trotz Methan aus der Verdauung weist die tierfreundliche Weidehaltung dank Humusbildung eine positive Klimabilanz auf. Also retten wir die Ehre der Kuh und bekämpfen stattdessen Tierfabriken und industrielle Kraftfutterproduktion, die wahren Klimakiller. ■

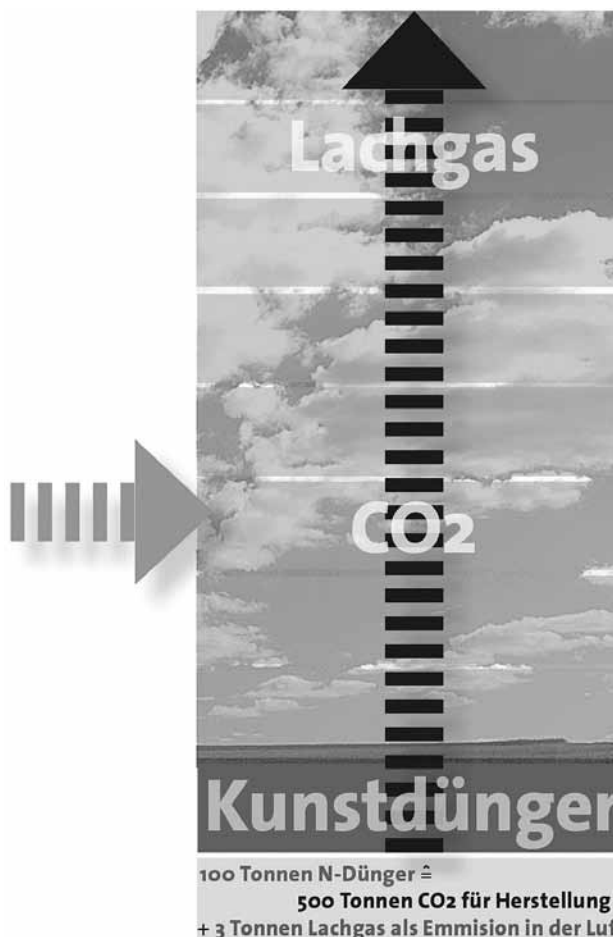
KAG freiland
für Kuh, Schwein, Huhn & Co.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Nutztierschutzorganisation KAGfreiland, www.kagfreiland.ch



Eine nachhaltige Beweidung trägt zu Humusaufbau und damit zur Senkung des Treibhausgases CO₂ bei.

21



Stickstoffdünger ist äusserst problematisch. Lachgas ist 295 x klimaschädlicher als CO₂.

Melde mich ab!

Jean Dumonde, Rekrut

22

Schon in der letzten Ausgabe des BULLETIN berichtete der Autor von seinen Erfahrungen in der Rekrutenschule. Heute steht er kurz vor seiner Entlassung in die Freiheit des zivilen Lebens und erstattet ein zweites Mal Bericht über seine Erfahrungen als Teil der besten Armee der Welt.

In wenigen Tagen wird es soweit sein: Ich werde zum letzten Mal (bis auf die alljährlichen WKs, aber daran möchte ich momentan wirklich nicht erinnert werden) in korrektem Tenue – das Hemd in der Hose, der oberste Hemdknopf geschlossen, die Krawatte schön gebunden und festgezogen, die schwarzen Lederschuhe glänzend poliert, die Haare unter dem Béret versteckt – und mit vollgestopften feldgrünen Stofftaschen das Kasernengelände verlassen und mir auf der letzten Heimfahrt gemeinsam mit meinen Kameraden ein grosses Bier gönnen. Und wenn ich dann endlich zu Hause bin, hänge ich die Jacke absichtlich falsch hin, nämlich so, dass man das Schweizerkreuz nicht sehen kann und lasse absichtlich die Schuhbündel aus den Schuhen hängen. Dann werde ich bequeme Kleider anziehen, die Hände in die Hosentaschen stecken und die neu gewonnene Freiheit geniessen.

Anekdoten

Der Abschied vom Dienstbetrieb und den machtgeilen Vorgesetzten fällt mir nicht besonders schwer. Um einiges trauriger bin ich, mich auch von allen meinen Kameraden verabschieden zu müssen. Immerhin habe ich jetzt fast vier Monate mit diesen verbracht. Einige unter ihnen werde ich wohl nie mehr sehen, mit anderen werde ich in vielen Jahren noch Kontakt haben. Wir haben immerhin

einiges zusammen erlebt, durchgestanden und erreicht. Erlebnisse, die uns verbinden und von denen ich noch meinen Kindern erzählen werde. Da war zum Beispiel eine Übung, bei der wir trotz einem Meter Neuschnee und Rekord-Kältewelle auf offenem Feld biwakieren mussten.



Oder der Abschlussmarsch, wo wir zweimal ein und dieselbe Runde abmarschierten und laut Berechnungen eines Iphone-Apps mehr als 2'000 Kalorien verbrannten, diese aber während dem Marsch locker wieder reinholten, weil wir alle unsere Gasmasken in der Kaserne gelassen hatten und die geräumige Gasmaskentasche stattdessen mit Schokolade, Gummibärchen und Energydrinks aufgefüllt hatten. Oder die Geschichte vom Oberleutnant, der auf die Krankenstation eingeliefert werden musste, weil irgendjemand die Offizierstoiletten mit so viel ätzendem Desinfektionsmittel gereinigt hatte, dass

er weder laufen noch sitzen konnte, nachdem er ebendiese Toilette benützt hatte. Oder der Hauptfeldweibel, der genau im allerdoofsten Moment – nämlich als er während der Schlussinspektion durch den Brigadier mit der Schweizer Fahne in der Hand im Achtungstand – erbrechen musste.

Schönen Dank, auf Wiedersehen

Was mich auch immer zum Lachen brachte, waren die offiziellen Vorträge der Schweizer Armee. Zum Beispiel derjenige über die «nahe Zukunft der Schweizer Armee». Da kam ein Oberst extra aus Bern, um uns eine halbe Stunde lang vorzuschwärmen, dass der Gripen eben doch das beste Flugzeug sei, welches es im Moment auf dem Markt gebe und dass die Schweizer Armee eben schon dringend neue Kampffjets brauche. Dabei muss die Armee mit ihrem Budget zuerst noch ganz andere Sachen bezahlen. Ich habe während meiner RS zum Beispiel sehr viel Verbandszeug und Infusionsbesteck zu Übungs-

zwecken gebraucht und dann weggeworfen. Und dann erst die Munition, die ich für nichts und wieder nichts verschossen habe und die schöne Pistole, für die ich mich übrigens herzlich bedanke, das Geschenk aber direkt ans Zeughaus weiterleitete. Immerhin muss das VBS nur noch wenige Tage für meinen Sold und Erwerbserersatz aufkommen. Bald heisst es nämlich: Leckt mich am Auns, ich melde mich ab!

PS: Für den GSoA-Kleber, den ich für die künftigen Generationen in meinem Kästchen hinterlassen habe, möchte ich mich herzlichst entschuldigen. ■



Ausgerechnet Silvan Hotz als Präsident des Zuger Gewerbeverbandes beschäftigte in Rotkreuz deutsche Billigarbeiter. Hier der **Schnitzelbank** (Herr Doktor HD) dazu aus Rotkreuz:

För de Kantonal – Gwärbverband

Esch de Präsi – doch e Schand
Dä baut es Cafi – ond e Beck
doch was gsehn ech oh schreck

Es düütsches Auto – stoht veross
Grad näb de neue – Migeros
Düütschi Arbeiter – wo tüend schaffe
ech tue das ned raffe

De Präsi vom – Zuger Gwerbverband
het en schiinheilige Vorwand
d'Schwiizer Schriiner – send ned guet
nemmt dä vo Waldshuet

Refrain:

D'Schwiizer Schriiner sigid, äbe ned so guet
Drom nemmt er lieber eine uus Waldshuet
boycottier en ihn zum trotz
De Hotz de Bäcker Hotz
Hotz, who the fuck is Hotz

Empfindliche Niederlage der rechtsbürgerlichen **Kleinkrieger** gegen das einzige verbliebene linke Regierungsratsmitglied: Mit klarer 2:1 Mehrheit lehnte der Kantonsrat den Wechsel des Kantonsforstamtes von Weichelts Innendepartement zu Tännlers Baudepartement ab. SVP-Postulant Moritz Schmid hatte den Vorstoss mit dem FDP-Rechtsausser Ruedi Balsiger gemacht. Der im Herbst abgewählte Balsiger musste als Gast mitansetzen, wie die FDP – nicht zum ersten Mal – seinen Vorstoss mit versenkte.

So souverän ist die Stadtzuger FDP noch

nicht. Obwohl nach mehr als einem Jahr Stadtrat mit (rosa-)rot-grün-violetter Mehrheit sogar hartgesotene Bürgerliche zugeben müssen, dass es gar nicht so schlecht läuft – die FDP lehnt aus kleinelchem Trotz gegen diesen linken Stadtrat die Pflegebetten-Vorlage des Sozialvorstehers «Bösgli» Bossard ab – und kassiert eine **88%-Klatsche** vom Stimmvolk. Die Annahme, dass der FDP-WählerInnenanteil bei den 12% Nein-Stimmen sich im ganz tiefen einstelligen Bereich bewegte, ist nicht unrealistisch. In welchem Pflegeheim die städtische FDP-Führungsrige ihre Abstimmungsschmerzen

pflegen lässt, ist top secret.

Nicht nur Frauen geschmerzt hat, dass die «Zuger Dialoge», von der Stadt unter der Ägide des Stapi Dolfi Müller organisiert, am 10. März ein Dialog unter lauter Männern war. Thema «Was braucht ein **guter Chef?**». SVP Hard-Hardliner Gemeinderat Beat Bühlmann fand es gut, «wenn Chefs nicht wissen, was sie in einem Jahr machen werden.» Wir hoffen, das sei eine programmatische Aussage in eigener Sache gewesen.

Den Zeitungsartikel in der Neuen ZZ über die Veranstaltung schrieb dann eine **Frau**.



Zug ist bekannt für kurze Wege.

«The push for a war to theoretically delay an oil-rich authoritarian country from developing a weapon of mass destruction.... Where have we heard of that before? The occupation of a destitute country gone horribly wrong, turning young men into murderers.... That also sounds familiar.

Combine these situations with a national right-wing party in meltdown, corporate vampire squids with unlimited money to buy influence, an all-out war on whistleblowers, a militarized police force and a 1% that reaped 93% of all income gains in 2010.»

Das ist nicht die «State of the Union» Rede von Obama, dessen Politik sich immer weniger von derjenigen der Bush-Administration unterscheidet. Es ist die treffende Beschreibung des aktuellen Zustandes der **USA** auf der lesenswerten Website www.truth-out.org Die USA haben die rechtsextremen christlichen Fundamentalisten, die Schweiz hat Blocher. Wobei:

«Wenn Christoph Blocher mit einem redet, ist er so ein **lieber Mensch**. Aber wenn fünf Leute dabei sind, muss er dominieren. Das ist mit dem Temperament von Herrn Blocher zu erklären. Er hat die Abwahl nicht verkraftet, seine Frau übrigens auch nicht.»

Diese Einsicht verdanken wir Adolf Ogi, im Tagi vom 21.12.2011. Vielleicht sollte das Parlament auf drei Personen verkleinert werden.

Das könnte dann als Dreikammer-System konzipiert werden: Der Ständerat als Chambre de réflexion, der Nationalrat als chambre de Confusion und der SVP-Rat als

24

Chambre de frustration. Die dritte Kammer bestände aus Spuhler, Blocher und Baader, natürlich gewählt auf Lebenszeit. Wie in Sergio Leones Film: **Il buono, il brutto, il cattivo**. Und täglich gibts Puure z'Morge serviert von Toni Brunner, adrett gekleidet mit einem Mörgeli-Rock.

Eine aus linker Sicht gute Falle machte FDP-Hinterbänkler Pezzatti in der ersten Nationalrats-Session: Er fehlte fast bei jeder **dritten** Abstimmung.

Das wünschten wir uns auch von Pfister und Aeschi. Es darf sogar noch **etwas mehr** sein.

Wenn Pezzatti das durchzieht, findet Landamman Michel in 4 Jahren eventuell doch noch aus dem Zimmerberg-Basistunnel heraus und schafft's nach **Bern**.

Zuerst muss die **FDP** aber einen **Präsidenten** finden – Kleeb hats gelangt, was wir gut verstehen. Und für ein Inserat in der Zuger Woche anlässlich des Jahresausblickes 2012 hats auch nicht mehr gelangt. Die Zuger Woche hat in einem karitativen Anfall Kleeb's Text dann doch gebracht. Titel: «Zukunft selbst gestalten». Das ist programmatisch gemeint – soll die FDP ihre Zukunft doch selbst gestalten.

Akuten **Inseratemangel** hat die Weltwoche – wie

mit 6 Seiten Werbung ein 68-seitiges Heftli finanziell überleben kann, weiss wohl nur Blocher. Einseitig schreiben tut Köppel, einseitig inserieren tun Audi, Volvo, HP, CornerCard – und wen wundert's – die UBS. Das kleinste Inserat dürfte das Teuerste sein – das von der EMS Chemie beim Kreuzworträtsel.

Apropos Weltwoche – sein Mitgefühl für Minderheiten entdeckt hat urplötzlich CVP-Möchtegern-Gwerblerpräsident Gerhard Pfister nach der Abstimmung über die Zweitwohnungsinitiative: Er will bei nationalen Abstimmungen eine Sperrminorität für 6 Kantone. Ausgerechnet aus einem Bergkanton kommt aus der spitzen Feder des Bündner Journalisten-Urgesteins Andrea Masüger postwendend der Kommentar zu dieser Schnapsidee: Unter dem Titel **«Der Sonderbund der Klageweiber»** schreibt Masüger am 18. März in der «Südostweiz»: «...sollte man diesen Herren doch wünschen, dass sie zuerst denken und dann reden. Denn dann würden sie merken, dass genau dieses Wechselspiel zwischen Stadt und Land, das mal hie und mal da einen Verlierer produziert, in der Summe den Ausgleich gibt, den die Schweiz so speziell macht.» Und wir fügen hinzu: dazu gehört auch der Finanzausgleich.



DIE GROSSE ERBSCHAFT,

Montag, 16. April 2012, 20 Uhr
Eine Schatzsuche von Donatello und Fosco Dubini im ausgebrannten Haus ihrer Familie im Tessin. «Die grosse Erbschaft» ist ein sehr persönliches Filmdokument, das mit leicht ironischer Distanz die Erinnerung an die teilweise verschrobene Grosseltern, Onkels und Tanten wach hält, die als Einwanderer aus Italien von der Tessiner Dorfbewölkerung nie wirklich akzeptiert worden waren. Der Film ist aber auch ein wunderbares Vermächtnis mit, von und für Co-Regisseur Donatello Dubini, der im Frühling 2011 verstorben ist. Zwischen den Filmen Diskussion mit Produzent Cardo Dubini.



URSULA – LEBEN IN ANDERSWO

Montag, 14. Mai 2012 20 Uhr
Mitte der 60er-Jahre hat Rolf Lyssy am Dokumentarfilm «Ursula oder das unwerte Leben» mitgewirkt. Jetzt hat er Ursula und Anita Utzinger wieder getroffen. Die taubblinde Ursula ist inzwischen 60 Jahre alt, ihre Beschützerin Mitte

der Achtzig. Woher nimmt Ursula die Kraft zu leben? Und woher hatte Anita all die Jahre die Kraft für die Beziehung mit ihrem Schützling? Rolf Lyssy erzählt eine Geschichte, in der Liebe letztlich die einzige Verbindung zu Ursulas «Anderswo» ist, einem Universum ohne Bilder und Töne. Nach der Vorstellung Diskussion mit Rolf Lyssy. (Im Vorabendprogramm des gleichen Tages «Ursula oder das unwerte Leben». Genaue Zeit in der Presse oder auf kinozug.ch.)



MOI C'EST MOI – ICH BIN ICH

Montag, 11. Juni 2012 20 Uhr
Der Dok porträtiert den 15-jährigen Rushit und seine Freunde aus Bern West, die als «BlockJunge» über das Leben am Rand rappen. (Hörproben unter <http://moicestmoi-ichbinich.com/de/trailer.php>). Nun wollen sie «Antigone» im Jugendtheater als Hip-Hop-Musical auf die Bühne bringen. Ebenso Natalia, die aus Kirgisien stammt. Während der Proben vermischen sich Alltag und Arbeit, Leben und Kunst. Wer wird bis zur Premiere durchhalten? Und was wird sein, wenn der



Vorhang sich wieder geschlossen hat? Nach der Vorstellung Diskussion mit Regisseurin Gabriele Schärer.



Martin Bucher
FLIZ
FilmliebhaberInnen Zug

Arthouse für junge Menschen

Arthouse Filme und Filme in Originalsprache haben es zunehmend schwer, vor allem beim jugendlichen Publikum, das sich immer mehr auf breit beworbene Blockbusters konzentriert.

Thomas Ulrich von den Zuger Kinos versucht mit einer lebenswerten Aktion, die Attraktivität von Arthouse Filmen und Filmen in Originalsprache gezielt zu fördern. Werktags bezahlen Jugendliche unter 25 Jahren für ausgewählte Vorstellungen nur zehn Franken! Das soll einerseits dem jungen Publikum die breite Vielfalt des Kinangebots bewusst machen, andererseits die Angst vor untertitelten Filmen in Originalsprache nehmen. Untertitelte Filme in Originalsprache seien ein schützenswertes Kulturgut, und die Zuger Kinos, mit ihrer Monopolstellung, seien verpflichtet, sich für ein breites Filmangebot einzusetzen. Die für Jugendliche preisreduzierten Filme sind unter www.kinozug.ch mit «U 25» gekennzeichnet.

Ab ins Kino!

Büchermail

Liebe Leute
Wir schreiben heute den 12. März 2012. Seit gestern ist klar, dass die Buchpreisbindung definitiv nicht zurückkommt. Allen, die sich für ein JA eingesetzt haben, möchte ich ganz herzlich danken! Ob das Überleben in der Nische klappt – wird sich zeigen. Für mich persönlich heisst das: Ich muss mir einen normal bezahlten Nebenjob suchen und meine freiwilligen Engagements zurückfahren. Dass das Buch überleben wird, ist für mich keine Frage. Was mit uns BuchhändlerInnen passiert, jedoch schon.

Trotz allem, liegt heute besonders viel Frühling in der Luft und ich möchte gerne auf ein paar besondere Bücher aufmerksam machen, die ich in den letzten Wochen gelesen habe:

Gerbrand Bakker: Der Umweg – Suhrkamp Verlag
Für mich eines der eindrücklichsten Bücher dieses Frühjahrs. Bakker kennen wir von «Oben ist es still» und «Birnbäume blühen weiss». In seinem neuen Buch geht es um eine Frau, die alles hinter sich lässt und sich in einer möglichst abgelegenen Gegend ein Versteck sucht.

Marion Brasch: Ab jetzt ist Ruhe! – Fischer-Verlag
Marion Brasch, Jahrgang 1961 ist als Tochter eines hohen Parteifunktionärs in der ehemaligen DDR aufgewachsen und ist die letzte «Überlebende» dieser

Familie. Die Geschichte ist autobiografisch und obwohl sie mit überraschender Leichtigkeit erzählt wird, fehlt es ihr nicht an Tiefenschärfe!

Janne Teller: Komm – Hanser-Verlag
Ein kleines Buch, aber eine grosse Herausforderung. Ein Verleger im Zwiespalt von Moral und Geschäftserfolg. Ein sehr lesenswertes Kammerstück, das in einer einzigen Winternacht spielt.



Ann Patchett: Fluss der Wunder – Bloomsbury Verlag
Endlich ein wirklich intelligenter Abenteuer-Roman mit einer faszinierenden und nicht ganz einfachen Heldin. Die Wissenschaftlerin Marina Singh auf der Suche nach ihrem verschollenen Kollegen im brasilianischen Dschungel. Und wieder steht jemand im Zwiespalt von Moral und Geschäftserfolg.



Antonio Hill: Der Sommer der toten Puppen – Suhrkamp Verlag
Ein wunderbar süffiger und spannender Barcelona-Krimi mit einem sympathischen, in Argentinien geborenen Ermittler, den das Heimweh plagt.

und noch eines.....
Von **Peter von Matts «Kalb vor der Gotthardpost – zur Literatur und Politik in der Schweiz»** konnte ich in meiner Winterferienwoche nicht mehr die Finger lassen. Ich war so gebannt und gefangen genommen, dass mein Genick darunter leiden musste. Jo Lang hat das Buch übrigens in der WOZ ganz grossartig besprochen und es sei allen wärmstens empfohlen!



Mit freundlichen Grüssen
Susanne Giger

Redaktion BULLETIN

Die Stellungnahme der Geschäftsleitung der SP Kanton Zug, die wir hier auszugsweise abdrucken, bezieht sich auf den Artikel «Wahlanalyse» (BULLETIN 04/11, S.4–5) und darin auf die von uns zitierte Passage des Artikels aus der Neuen Zuger Zeitung vom 6. Oktober 2010, den wir hier der Korrektheit halber ebenfalls auszugsweise wiedergeben. Die Redaktion des BULLETINS stellt fest, dass wir den Artikel der Neuen Zuger Zeitung korrekt zitiert haben. Ob die Neue Zuger Zeitung die Aussage von Barbara Gysel richtig wiedergegeben hat, kann die Redaktion des BULLETINS nicht beurteilen. Freddy Trütsch und die Neue Zuger Zeitung wollen dazu offiziell im BULLETIN nicht Stellung nehmen. Zu sagen ist, dass der Artikel und die darin gemachten Aussagen in der Neuen Zuger Zeitung seit Erscheinen weder im redaktionellen Teil noch in den Leserbriefspalten bestritten oder korrigiert wurden.

Artikel der Neuen Zuger Zeitung (6. Oktober 2010, Seite 19)

«Doch die SP hat noch ein viel gewichtigeres Problem: Ihr fehlen schlicht die Mittel, um einen Wahlkampf im kommenden Jahr führen zu können – die Kasse ist leer. Gysel: «Wir müssen mit der SP Schweiz das Gespräch suchen und die politische Lage gemeinsam bewerten.» Andererseits ist für Gysel klar, dass das Geld unter keinen Umständen fließt, wenn man damit den Alternativ-Grünen Josef Lang unterstützen würde.»

Stellungnahme der Geschäftsleitung der SP Kanton Zug (Februar 2012)

«Damit keine weiteren Missverständnisse entstehen, sei eine Passage aus dem Artikel der «Neuen Zuger Zeitung» vom 6. Oktober 2010 richtig gestellt. Damals schrieb der Journalist, Freddy Trütsch, über die NR-Kandidaturen der FDP, und zitierte nebenbei – in indirekter Rede und fehlerhaft – Auszüge eines Gesprächs mit Barbara Gysel. Ein Gegenlesen der Zitierten ist bei indirekter Rede nicht vorgesehen. Deswegen blieb über längere Zeit unentdeckt, dass der Journalist die Äusserungen von Barbara Gysel falsch wieder gegeben hatte. Ihre Aussage im Gespräch war nicht, dass man mit Geld «unter keinen Umständen» «den Alternativ-Grünen Josef Lang unterstützen würde». Ihre Aussage war vielmehr, dass man seitens der SP eine eigene Kampagne führen wollte.»


1. Mai-Feier mit Pedro Lenz

Hauptredner am 1. Mai in Zug ist der Dichter, Schriftsteller und Kolumnist Pedro Lenz.



Reserviert Euch schon jetzt dieses Datum!

Dienstag, 1. Mai 2012, ab 18 Uhr auf dem Landsgemeindeplatz in Zug.

Musik: die Zuger Band OSSOBUCCO
Reden: Gewerkschaften und Linksparteien, bzw. deren Jugendorganisationen
Offenes Mikrofon
Essen und Trinken: Tamilisch und Grill-Stand der UNiA-Migrantengruppe
Infostände

Ihr seid herzlich eingeladen vom Mai-Komitee (GBZ Gewerkschaftsbund des Kantons Zug, UNiA, SEV, VPOD, Alternative – die Grünen, Sozialdemokratische Partei SP)

Mittwoch, 4. April: Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug mit Köchinnen und Köchen Alternative – die Grünen Stadt Zug

Samstag, 21. April: Delegiertenversammlung
Grüne Schweiz, Genf

Mittwoch, 2. Mai: Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug mit Köchinnen und Köchen Alternative – die Grünen Menzingen
ab 20 h Jahresversammlung Alternative – die Grünen Zug

Mittwoch, 6. Juni: Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug mit Köchinnen und Köchen Krifo Alternative Cham

Sonntag, 17. Juni:
Abstimmungssonntag

Samstag, 25. August: Delegiertenversammlung
Grüne Schweiz

Mittwoch, 5. September: Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug mit Köchinnen und Köchen Gleis 3 Risch

Sonntag, 23. September:
Abstimmungssonntag

Mittwoch, 3. Oktober: Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug mit Köchinnen und Köchen Alternative – die Grünen Zug



**Mittwoch, 7. November:
Alternative Monatsbar**
ab 18.30 h, Siebchsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und
Köchen Alternative – die
Grünen Unterägeri

**Samstag, 24. November:
Delegiertenversammlung**
Grüne Schweiz

**Sonntag, 25. November:
Abstimmungssonntag**

**Mittwoch, 5. Dezember:
Alternative Monatsbar**
ab 18.30 h, Siebchsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und
Köchen Alternative – die
Grünen Steinhausen

Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative – die Grünen
Zug**
Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro Alter-
native – die Grünen Zug:
**Montag 14–18 Uhr und
Donnerstag 10–14 Uhr**

**Alternative – die Grünen
Baar**
Anna Lustenberger-Seitz
Postfach, 6340 Baar
info@alternative-baar.ch

**Alternative – die Grünen
Menzingen**
Barbara Beck-Iselin
Postfach 112, 6313 Menzingen
b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen
Unterägeri**
Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen
Stadt Zug**
Postfach 4805, 6304 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri
Philipp Röllin
forum-oberaegeri@mymail.ch

Gleis 3 Alternative Risch
Hanni Schriber
hannischriber@gmx.ch

Grüne Steinhausen
Postfach 123, 6312 Stein-
hausen
steinhausen@alternative-zug.ch

Junge Alternative Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
junge@alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham
Sha Ackermann und Roman
Ambühl
cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne Fraktion
im Kantonsrat:**
www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
www.gruene.ch

Namentlich gezeichnete
Artikel unterliegen der
alleinigen Verantwortung
der AutorInnen.

BULLETIN Nr.1, März 2012,
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug,
bulletin@alternative-zug.ch

Catering:
Arlene Wyttenbach

Redaktion:
Natalie Chiodi, Hansjörg
Glauser, Jonas Feldmann,
Philippe Koch, Lorenzo
Martinoni, Martin Stuber

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling Papier)

Titelbild:
Paula Gisler

Nutzaufgabe:
900 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

**Redaktionsschluss
Nr. 2/2012:**
15. Juni 2012

Erscheinungsdatum:
5. Juli 2012

«DAS BULLETIN»
im Internet unter
www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative - die Grünen Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug

